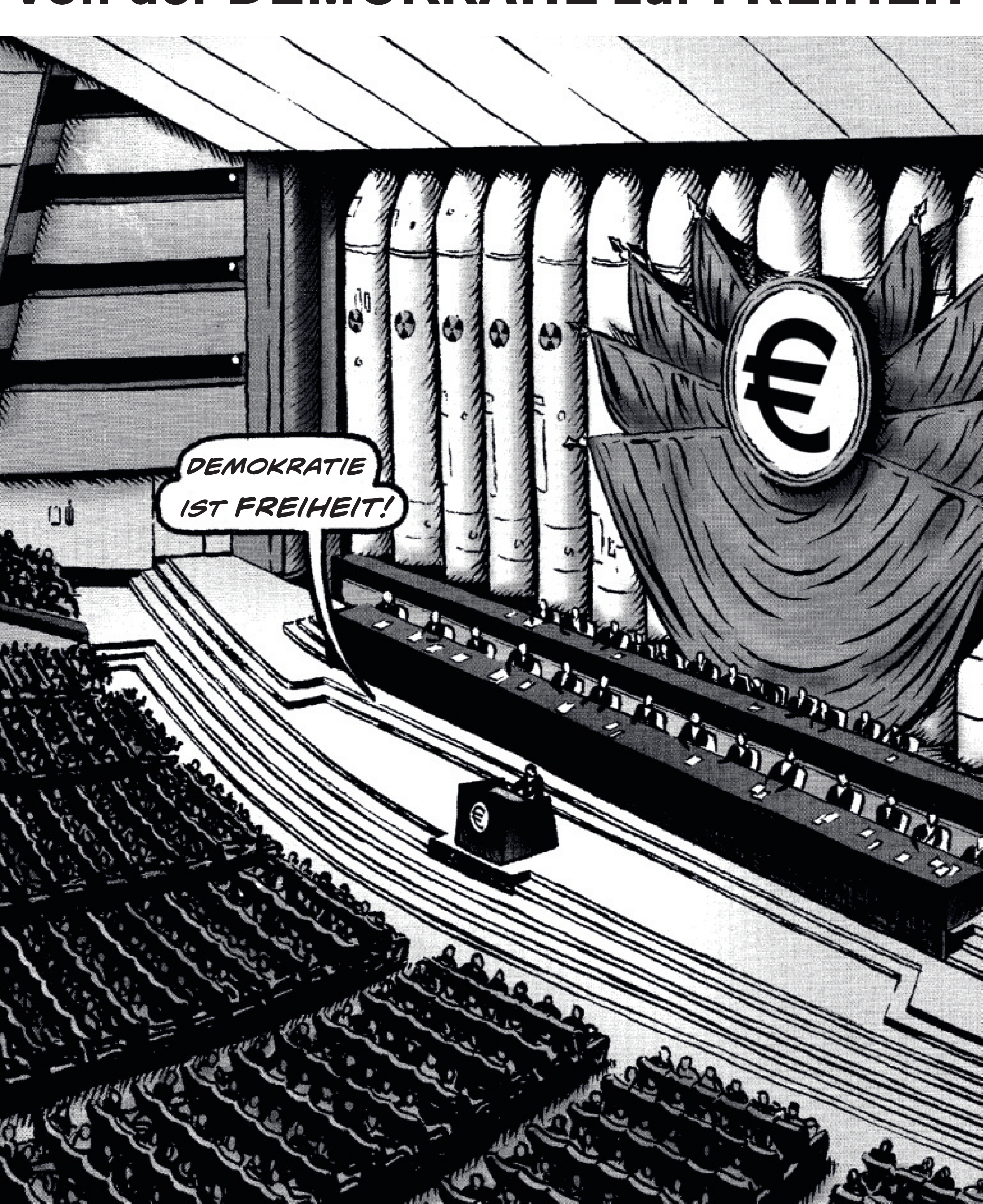
Von der DEMOKRATIE zur FREIHEIT



Inhaltsverzeichnis

Von der Demokratie zur Freiheit

Demokratie ist das allgemeingültigste politische Ideal unserer Zeit. George Bush hat sich auf sie berufen, um die Invasion in den Irak zu rechtfertigen; Obama gratulierte den Rebellen vom Tahrir-Platz, dass sie sie nach Ägypten brachten und Occupy Wall Street behauptete, ihre reinste Form heraus destilliert zu haben. Von der Demokratischen Volksrepublik Nordkorea bis zur autonomen Region Rojava nennt sich praktisch jede Regierung und jede Bewegung demokratisch.

Aber was ist das Heilmittel für die Probleme der Demokratie? Alle sind sich einig: Mehr Demokratie. Seit der Jahrtausendwende haben wir eine Vielzahl neuer Bewegungen gesehen, die versprachen, echte Demokratie zu verwirklichen, im Gegensatz zu den scheinbar demokratischen Institutionen, die sie als ausschließend, einschränkend und entfremdend bezeichneten.

Gibt es einen roten Faden, der all diese verschiedenen Formen von Demokratie verbindet? Welche von ihnen ist die wahre Demokratie? Kann eine von ihnen die Inklusivität und Freiheit bringen, die wir mit dem Wort verbinden?

Angetrieben durch unsere eigenen Erfahrungen mit direkt-demokratischen Bewegungen kamen wir auf diese Fragen zurück. Unser Ergebnis ist, dass die dramatischen wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten, die die Menschen auf die Straßen von New York bis Sarajevo trieb, keine zufälligen Fehler bestimmter Demokratien sind, sondern strukturelle Eigenschaften, die auf die Wurzeln der Demokratie selbst zurückzuführen sind. Sie tauchen über die Jahrhunderte hinweg in praktisch jeder Form von demokratischer Regierung auf. Repräsentative Demokratien haben den bürokratischen Apparat aufrecht erhalten, welcher ursprünglich eingeführt wurde, um König*innen zu dienen. Direkte Demokratie neigt dazu, diesen in einem kleineren Ausmaß neu zu schaffen, sogar außerhalb der formellen Strukturen des Staates. Demokratie ist nicht gleichbedeutend mit Selbstbestimmung.

Sicherlich werden viele gute Dinge üblicherweise als demokratisch beschrieben. Dies ist kein Argument gegen Diskussionen, Kollektive, Versammlungen, Netzwerke, Föderationen oder dagegen, mit Leuten zusammen zu arbeiten, mit denen man sich nicht immer einig ist. Sondern das Argument ist vielmehr: Wenn wir uns auf diese Praktiken einlassen und unser Handeln als demokratisch verstehen – als eine Form der partizipatorischen Regierung anstatt als eine kollektive Praxis der Freiheit – dann werden wir früher oder später die Probleme der weniger demokratischen Formen der Regierung erneut schaffen. Dies gilt für repräsentative Demokratien gleichermaßen wie für direkte Demokratien und sogar für konsensuale Prozesse.

Anstatt demokratische Prozesse als Selbstzweck zu verteidigen, sollten wir uns auf die Werte zurückbesinnen, die uns überhaupt zur Demokratie brachten: Gleichheit, Inklusivität, die Idee, dass jede Person ihr eigenes Schicksal bestimmen können sollte. Wenn Demokratie nicht der effektivste Weg ist, dies zu verwirklichen, was ist

es dann?
Angesichts immer heftigerer Kämpfe, die die heutigen Demokratien ins Taumeln bringen, steht in dieser Diskussion immer mehr auf dem Spiel. Wenn wir weiterhin versuchen, die jetzige Ordnung durch dieselbe Sache mit mehr Teilhabe zu ersetzen, werden wir immer wieder dort enden, wo wir angefangen haben und die, die unsere Desillusionierung teilen, werden sich autoritäreren Alternativen zuwenden. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die die Versprechungen erfüllen, welche die Demokratie nicht hält.
In dem folgenden Text untersuchen wir die gemeinsamen Themenstränge, die verschiedene Formen von Demokratie verbinden, wir verfolgen die Entwicklung der Demokratie von ihren klassischen Ursprüngen zu ihren jetzigen, repräsentativen, di-



rekten und konsens-basierten Varianten und schätzen ein, inwiefern demokratische Diskurse und Prozesse den sozialen Bewegungen, welche sie übernehmen, nützen. Dabei werden wir umreißen, was es bedeuten würde, Freiheit direkt anzustreben, anstatt durch demokratische Herrschaft.
Dieses Projekt ist das Ergebnis eines jahrelangen transkontinentalen Dialogs. Um es zu ergänzen, veröffentlichen wir Fallstudien von Mitwirkenden in Bewegungen, die als Modelle direkter Demokratie propagiert wurden: 15M in Spanien (2011), die Besetzung des Syntagma Platzes in Griechenland (2011), Occupy in den USA (2011–2012), der slowenische Aufstand (2012–2013), die Plena in Bosnien (2014) und die Revolution in Rojava (2012–2016).

Was ist Demokratie?

Gemeinsame Eigenschaften von Demokratien:
- ein Weg um zu bestimmen, wer an Entscheidungsprozessen teilnimmt (Demos)
- ein Weise, Entscheidungen durchzusetzen (Kratos)
- ein gesellschaftlich anerkannter Raum der Enscheidungsfindung (Polis)
- und die Ressourcen, die dies aufrechterhalten (Oikos)

Was genau ist Demokratie? Die meisten Lehrbuchdefinitionen haben mit Mehrheitsentscheidungen oder einer Regierung aus gewählten Repräsentant*innen zu tun. Andererseits argumentieren einige Radikale[1], dass "echte" Demokratie nur außerhalb des und gegen das staatliche Machtmonopol existiert. Sollten wir Demokratie als eine Reihe von Prozessen zur Entscheidungsfindung mit einer bestimmten Geschichte verstehen? Oder als ein allgemeines Streben nach einer Politik der Gleichheit, Einbeziehung und Teilhabe?
Um den Ausgangspunkt unserer Kritik näher zu bestimmen, lasst uns mit dem Begriff an sich anfangen. Das Wort Demokratie kommt vom altgriechischen *demokratía*, welches aus *dêmos* "Volk" und *krátos* "Macht" zusammengesetzt ist. Diese Formulierung als "Macht des Volkes", die in Lateinamerika als *poder popular* wieder aufgekommen ist, wirft die Fragen auf: Wer ist dieses Volk? Und welche Art von Macht?
Die Wörter *demos* und *kratos*, die den Ursprung des Demokratiebegriffs bilden, zeigen zwei gemeinsame Nenner aller Demokratieformen auf: Eine Art zu bestimmen, wer an dem Entscheidungsprozess teilhaben darf und eine Weise, wie Entscheidungen durchgesetzt werden. In anderen Worten: Staatsangehörigkeit und Kontrolle. Dies sind die Grundlagen der Demokratie; diese machen sie zu einer Form von Herrschaft. Alles ohne diese Merkmale sollte passender als Anarchie bezeichnet werden – die Abwesenheit von Herrschaft, aus dem Griechischen *an* "ohne" und *arkhos* "Führer".
Wer gilt als *demos*? Manche[2] haben argumentiert, dass *demos* sprachgeschichtlich nie alle Leute, sondern nur bestimmte gesellschaftliche Klassen meinte. Auch wenn die Anhänger*innen der Demokratie deren vermeintliche Einbeziehung betonen, in der Praxis erfordert Demokratie immer einen Weg, um zwischen Dazugehörenden und Ausgeschlossenen zu unterscheiden[3]. Das können der gesetzliche Status, Wahlrechte, Staatsangehörigkeit, Mitgliedschaft, ethnische Herkunft, Geschlecht, Alter, oder Teilnahme an Versammlungen auf der Straße sein; aber bei jeder Form der Demokratie braucht es festgeschriebene Bedingungen der Legitimität und eine vorgegebene Gruppe von Menschen, die diese beschließt.
In dieser Hinsicht instutionalisiert Demokratie den provinziellen, chauvinistischen Charakter ihrer griechischen Ursprünge, während sie zugleich scheinbar ein Modell anbietet, welches die ganze Welt einbinden könnte. Deshalb hat sich die Demokratie auch als so vereinbar mit Nationalismus und dem Staat erwiesen; sie setzt die

Fremden voraus, denen nicht dieselben Rechte oder politischen Handlungsmöglichkeiten zugestanden werden.
Die Ausrichtung auf Ein- und Ausschluss kommt am Beginn der modernen Demokratie in Rousseaus einflussreichem Werk *Vom Gesellschaftsvertrag* deutlich zum Ausdruck. Rousseau betont dort, dass Demokratie und Sklaverei keine Widersprüche seien. Er behauptet, dass je mehr Übeltäter in Ketten lägen, desto perfekter die Freiheit der Bürger*Innen sei. Freiheit für den Wolf ist der Tod für das Lamm, wie es Isaiah Berlin später ausdrückt. Das Konzept von Freiheit als Nullsummenspiel, wie es sich in dieser Metapher ausdrückt, ist die Grundlage der Auseinandersetzung über Rechte, die durch den Staat gewährt und geschützt werden. In anderen Worten: Damit die Bürger frei sein können, muss der Staat die absolute Autorität besitzen und die Möglichkeit haben, totale Kontrolle auszuüben. Der Staat strebt danach, Schafe zu produzieren und die Position des Wolfes für sich selbst zu reservieren.
Wenn wir im Gegensatz dazu Freiheit kumulativ als etwas sich stetig addierendes verstehen, dann wird die Freiheit einer einzelnen Person die Freiheit aller: Es ist nicht einfach eine Frage des Geschütztseins durch die Autoritäten, sondern einer Art, miteinander zu kooperieren, so dass sich die Möglichkeiten für alle maximieren. So gesehen existiert umso weniger Freiheit, je mehr Zwangsgewalt gebündelt wird. Freiheit wird in dieser Sichtweise eher sozial als individualistisch verstanden: Freiheit als ein gemeinsam erzeugtes Verhältnis zu unseren eigenen Möglichkeiten, keine abgeschlossene Blase von privaten Rechten.[4]
Wenden wir uns nun dem anderen Wortstamm zu: *kratos*. Demokratie teilt diese Nachsilbe mit Aristokratie, Autokratie, Bürokratie, Plutokratie und Technokratie. Jeder dieser Begriffe beschreibt die Regierung durch eine Teilgruppe der Gesellschaft, aber alle teilen eine gemeinsame Logik. Dieser gemeinsame Strang ist *kratos*, Macht.
Was für eine Art von Macht? Lasst uns die alten Griechen noch einmal befragen.

Im antiken Griechenland wurde jedes abstrakte Konzept durch ein heiliges Wesen verkörpert. Kratos war ein unerbittlicher Titan, der die Art von Zwangsgewalt verkörpert, die mit der Staatsmacht verbunden wird. Eine der ältesten Quellen, in der Kratos auftaucht ist das Theaterstück *Der gefesselte Prometheus*, geschrieben von Aischylus in der frühen Zeit der Athenischen Demokratie. Das Stück beginnt damit, dass Kratos den gefesselten Prometheus gewaltsam eskortiert, welcher bestraft wird, weil er das Feuer von den Göttern gestohlen und es den Menschen gebracht hat. Kratos taucht hier als Gefängniswärter auf, der ohne Nachzudenken Zeus' Befehle ausführt – ein brutales Wesen "für jeden Tyrannen-Akt gemacht".
Diese Form von Macht, verkörpert durch Kratos, hat die Demokratie gemeinsam mit der Autokratie und jeder Form von Herrschaft. Sie teilen alle dieselben Zwangsinstitutionen: den Justizapparat, die Polizei und das Militär; alle existierten schon vor der Demokratie und haben diese regelmäßig überlebt. Dies sind die Werkzeuge, die "für jeden Tyrannen-Akt gemacht" sind, egal ob der Tyrann am Steuer ein König, eine Klasse von Bürokraten oder "das Volk" selbst ist. "Die Demokratie ist nichts als ein Niederprügeln des Volkes durch das Volk für das Volk",

VOR 2500 JAHREN
HABEN WIR DER WELT DEN **KRIEG**
ERKLÄRT!



WIR NENNEN DIESEN KRIEG **DEMOKRATIE!**

wie es Oscar Wilde ausdrückte. Ein Jahrhundert später wiederholt Mu'ammer al Gaddafi dies zustimmend ohne Ironie: "Demokratie ist die Kontrolle des Volkes durch das Volk."
Im modernen Griechisch ist *kratos* einfach das Wort für "Staat". Um die Demokratie zu verstehen, müssen wir uns die Regierung an sich genauer anschauen.

"Es gibt keinen Widerspruch zwischen der Ausübung einer Demokratie und legitimer zentraler Verwaltungskontrolle entsprechend der wohlbekannten Balance zwischen Zentralisierung und Demokratie…
Demokratie festigt die Beziehungen innerhalb der Bevölkerung, und ihre Hauptstärke ist Respekt. Die Stärke, die aus der Demokratie stammt, führt zu einem höheren Grad der Einhaltung von Befehlen mit großer Sorgfalt und Begeisterung."
Saddam Hussein, *Demokratie: Eine Quelle der Kraft für das Individuum und die Gesellschaft*

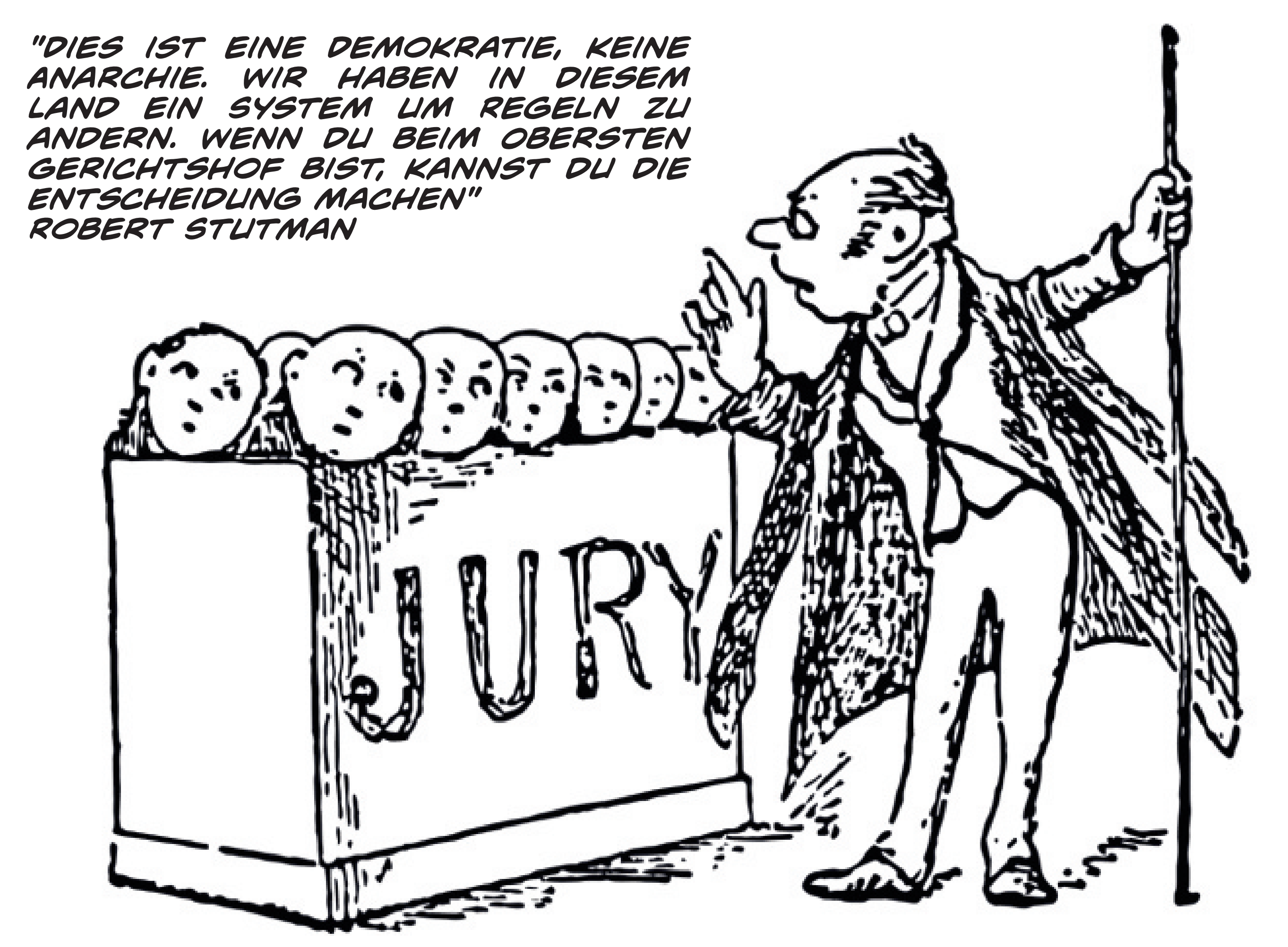
Monopolisierung der Rechtmäßigkeit

"Wie bei absolutistischen Regierungen der König das Gesetz ist, sollte in freien Ländern das Gesetz König sein."
Thomas Paine, *Common Sense*

"Die große Schwierigkeit ist: Du musst die Regierung erst befähigen, die Regierten zu kontrollieren und als nächsten Schritt musst du die Regierung zur Selbstkontrolle verpflichten"
James Madison, *The Federalist*

Als eine Form der Regierung bietet die Demokratie eine Möglichkeit, um aus einem Durcheinander unterschiedlichster Begierden eine einzige Ordnung zu schaffen. Die Mittel und Aktivitäten der Minderheit werden dafür durch eine von der Mehrheit diktierte Politik vereinnahmt. In jeder Demokratie gibt es einen gesellschaftlich anerkannten Raum der Entscheidungsfindung, der vom restlichen Leben getrennt ist. Es kann ein Kongress in einem Parlamentsgebäude sein, eine Vollversammlung auf dem Gehweg oder eine App, die um Stimmen auf dem iPhone wirbt. Auf jedem Fall sind es nicht unsere unmittelbaren Bedürfnisse und Begierden, die die höchste Quelle der Legitimität darstellen, sondern ein bestimmter Entscheidungsfindungsprozess und dessen Ablauf. Im Staate wird dies als „Rechtsstaatlichkeit" bezeichnet, auch wenn dieser Grundsatz nicht unbedingt ein formelles Rechtssystem braucht.
Das ist das Wesen der Regierung: Entscheidungen, die an einem bestimmten Ort getroffen werden, bestimmen, was an allen anderen Orten geschehen darf. Das Ergebnis ist Entfremdung – die Spannung zwischen dem, was entschieden und dem, was gelebt wird.

Demokratie verspricht dieses Problem zu lösen, indem sie jede*n in den Raum der Entscheidungsfindung eingliedert: Die Herrschaft aller über alle. „Die Bürger*innen einer Demokratie unterwerfen sich dem Gesetz, da sie erkennen, dass sie sich, wenn auch indirekt, sich selbst als Gesetzgeber unterwerfen."[5] Aber wenn all diese Entscheidungen tatsächlich von denen getroffen worden wären, die sie betreffen, dann gäbe es keine Notwendigkeit, diese zu vollstrecken.
Was schützt die Minderheiten in diesem winner-take-all-System? Verfechter*innen der Demokratie behaupten, dass Minderheiten durch institutionelle Vorkehrungen geschützt werden – checks and balances („gegenseitige Kontrolle der Gewalten"). Anders gesagt, soll dieselbe Struktur, die über die Minderheiten herrscht, diese vor



sich selbst schützen.[6] Bei diesem Ansatz stehen Demokratie und die persönliche Freiheit grundsätzlich im Widerspruch[7]: Um die Freiheit von Einzelnen zu schützen, muss es der Regierung möglich sein, die Freiheit eines jeden zu nehmen. Jedoch ist es wirklich optimistisch, darauf zu vertrauen, dass Institutionen immer besser sein werden als die Menschen, die sie verwalten. Je mehr Macht wir der Regierung geben, um die Minderheiten zu schützen, desto gefährlicher kann es werden, wenn diese gegen sie verwendet wird.
Wie sehr bist du davon überzeugt, dass der demokratische Prozess über deinem Gewissen und deinen Werte stehen soll? Lass uns ein kurzes Gedankenexperiment machen. Stell dir vor, du lebst in einer Demokratischen Republik mit Sklaven – meinetwegen Athen oder das antike Rom oder die USA bis zum Ende des Jahres 1865. Würdest du die Gesetze befolgen und Menschen als Eigentum behan-

deln, während du dich bemühst, die Gesetze zu ändern, wobei dir bewusst ist, dass bis dahin ganze Generationen in Ketten leben und sterben könnten? Oder würdest du nach deinem Gewissen handeln und das Gesetz missachten wie Harriet Tubman und John Brown?
Wenn du in die Fußstapfen von Harriet Tubman treten würdest, dann glaubst auch du, dass es etwas Wichtigeres als die Herrschaft des Gesetzes gibt. Das ist ein Problem für alle, die die Übereinstimmung mit dem Gesetz oder dem Willen der Mehrheit zum letzten Kriterium der Legitimität machen.

“Kann es eine Regierung geben, in der Mehrheiten nicht nach richtig oder falsch entscheiden, sondern nach Gewissen?”
Henry David Thoreau, *Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat*

Die ursprüngliche Demokratie

“Sollen wir glauben, dass es vor den Athenern niemandem, nirgendwo in den Sinn gekommen ist, alle Mitglieder einer Gemeinschaft zu versammeln um gemeinsame Entscheidungen in einer Weise zu treffen, bei der alle gleiches Mitspracherecht hatten?”
David Graeber, *Frei von Herrschaft. Fragmente einer anarchistischen Anthropologie*

Im antiken Athen, der vielgepriesenen „Geburtsstätte der Demokratie“, sehen wir schon die Ausgrenzung und den Zwang, die seither unerlässliche Merkmale demokratischer Regierungen gewesen sind. Nur erwachsene, männliche Bürger mit militärischer Ausbildung konnten wählen; Frauen, Sklaven, Schuldner und alle, denen „athenisches Blut“ fehlte, waren ausgeschlossen. Maximal war an der Demokratie weniger als ein Fünftel der Bevölkerung beteiligt.
Tatsächlich war Sklaverei im antiken Athen verbreiteter als in anderen griechischen Stadtstaaten und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern war größer als anderswo. Mehr Gleichheit unter männlichen Bürgern bedeutete offensichtlich größeren Zusammenhalt gegen Frauen und Ausländer*innen. Der Raum der partizipativen Politik war eine “gated community”.
Wir können die Grenzen dieser “gated community” durch den athenischen Gegensatz von öffentlich und privat – *polis* und *oikos* – zeichnen.[8] Die *polis*, der griechische Stadtstaat, war ein Raum des öffentlichen Diskurses, wo Bürger als Gleichgestellte interagierten. Im Gegensatz dazu war der *oikos*, der Haushalt, ein hierarchischer Raum, in dem männliche Eigentümer uneingeschränkt herrschen konnten – eine Zone außerhalb des Geltungsbereichs der Politik, die aber als ihr Fundament diente. In dieser Gegensätzlichkeit stellt der oikos alle Mittel bereit, die die Politik aufrechterhalten, wobei er jedoch selbstverständlich vorausgesetzt wird


JEDER WIRD EIN TEIL VON ALLEM HABEN UND ALLES EIGENTUM SOLL GEMEINGUT WERDEN; ES WIRD KEIN REICH UND KEIN ARM MEHR GEBEN; ICH SOLLTE DAMIT BEGINNEN LAND, GELD UND ALLES WAS PRIVATEIGENTUM IST ALLEN ZU VERFÜGUNG ZU STELLEN.
ABER WER WIRD DAS LAND BEWIRTSCHAFTEN?
DIE SKLAVEN NATÜRLICH.



Demokratie ist ein Trojanisches Pferd, das die zum Staate gehörenden Machtungleicheiten, unter dem Deckmantel der Selbstbestimmung in die polis trägt.

und daher außerhalb derselben steht.
Diese Kategorien bestehen bis heute. Die Wörter „Politik“ („Angelegenheiten der Stadt“) und „Polizei“ („Verwaltung der Stadt“) kommen von *polis*, wobei „Ökonomie“ („Verwaltung des Haushalts“) und „Ökologie“ („Lehre vom Haushalt“) von dem Wort *oikos* abstammen.
Demokratie basiert nach wie vor auf dieser Unterscheidung. So lange eine politische Unterscheidung zwischen öffentlich und privat besteht, kann alles, angefangen beim Haushalt (der vergeschlechtlichte Raum der Intimität, der die vorherrschende Ordnung durch unsichtbare und unbezahlte Arbeit aufrechterhält[9]) bis hin zu ganzen Kontinenten und Bevölkerungen (wie Afrika während der Kolonialzeit – oder Schwarz-Sein an sich[10]) aus dem Raum der Politik verbannt werden. Ebenso werden die Institution des Eigentums und die durch sie entstehende Marktwirtschaft, die als Grundlagen der Demokratie seit ihrer Entstehung dienen, als unhinterfragbar dargestellt und von dem politischen Apparat durchgesetzt und verteidigt.
Glücklicherweise dient das antike Athen nicht als einziger Bezugspunkt für egalitäre Entscheidungsfindungen. Eine flüchtige Untersuchung anderer Gesellschaften zeigt eine Vielzahl anderer Beispiele, wobei viele von ihnen nicht auf Ausgrenzung und Zwang basieren. Aber sollten wir diese ebenso als Demokratien verstehen?
In *Frei von Herrschaft. Fragmente einer anarchistischen Anthropologie*, tadelt David Graeber seine Kolleg*innen dafür, Athen als die Geburtsstätte der Demokratie auszumachen; er mutmaßt, dass die Modelle der Irokesen, Berber, Sulawezi oder Tallensi einfach deshalb nicht so viel Aufmerksamkeit bekommen, weil bei keinem dieser Modelle Wahlen im Zentrum stehen. Einerseits ist es gut, dass Graeber unsere Aufmerksamkeit auf Gesellschaften lenkt, die eher versuchen einen Konsens zu schaffen als Zwang auszuüben: Viele dieser Gesellschaften verkörpern die besten Werte, die mit der Demokratie in Verbindung gebracht werden, besser, als es das antike Athen tat. Andererseits ergibt es für uns keinen Sinn, diese Beispiele

als wahre Demokratien zu bezeichnen, während wir das Demokratisch-Sein der Griechen infrage stellen, die diesen Begriff erfanden. Dies ist nach wie vor Ethnozentrismus: Der Wert eines nicht-westlichen Beispiels wird hervorgehoben, indem ihm ein Ehrentitel in unserem eigenen – zugegebenermaßen unterlegenen – westlichen Wertesystem gegeben wird. Lasst uns stattdessen einräumen, dass die Demokratie, als eine bestimmte historische Praxis, die in Sparta und Athen begann und weltweit nachgeahmt wurde, nicht dem Standard gerecht wird, die viele dieser anderen Gesellschaften setzten. Es macht daher keinen Sinn, diese als demokratisch zu beschreiben. Es wäre verantwortungsvoller und genauer, diese in ihren eigenen Begriffen zu zu beschreiben und zu würdigen.
Damit bleibt Athen also doch die ursprüngliche Demokratie. Was, wenn Athen nicht wegen seinem Maß an Freiheit so einflussreich wurde, sondern, weil es die Politik der Mitbestimmung zugunsten der Macht des Staates einspannte? Bis zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Gesellschaften der Menschheitsgeschichte staatenlos gewesen; manche waren hierarchisch, andere horizontal, aber keine staatenlose Gesellschaft hatte die zentralisierte Macht des *kratos*. Die Staaten, die existierten, waren dagegen kaum egalitär. Die Athener erfanden ein hybrides Format, das Horizontalität mit Ausgrenzung und Zwang verband. Wenn du es für gegeben hältst, dass der Staat wünschenswert oder zumindest unvermeidbar ist, klingt das ansprechend. Aber wenn der Staat die Wurzel des Problems ist, dann waren die Sklaverei und das Patriarchat des antiken Athens nicht frühe Unregelmäßigkeiten im demokratischen Modell, sondern Anzeichen der Machtungleichheiten, die von Anfang an in seiner DNA eingeschrieben sind.

Repräsentative Demokratie – Ein Markt für die Macht

„Die Leute, die an die schärfste Unterscheidung zwischen Demokratie und Monarchie glauben, können kaum wahrnehmen, wie eine politische Institution sich vielfach verändern kann und trotzdem dieselbe bleibt. Schon ein kurzer Blick zeigt uns jedoch, dass in der ganzen Entwicklung der englischen Monarchie, mit all ihren Erweiterungen und ihren Revolutionen und selbst mit ihrem Sprung übers Meer hin zu einer Kolonie, die eine unabhängige Nation wurde und dann ein mächtiger Staat, dieselben Funktionen und Haltungen des Staates im Wesentlichen unverändert blieben.”
Randolph Bourne, *The State*

“Eine verfassungsgebende Versammlung ist das Mittel der privilegierten Klasse, wenn eine Diktatur nicht möglich ist, entweder um eine Revolution zu verhindern oder, wenn sie schon ausgebrochen ist, um ihr Fortschreiten zu verhindern, unter dem Vorwand, sie zu legalisieren. Dadurch wird sie versuchen, so viel wie möglich von dem zurückzuer-

langen, was die Bevölkerung während der aufständischen Phase erreicht hat.”
Errico Malatesta, *Gegen die verfassungsgebende Versammlung wie gegen die Diktatur*

Die Regierung der USA hat mit der Regierung der antiken römischen Republik mehr gemeinsam als mit Athen. Anstatt direkt zu regieren, wählten römische Bürger Vertreter, die den komplexen Verwaltungsapparat leiteten. Als das römische Staatsgebiet sich ausweitete und von Reichtümern überflutet wurde, verloren viele Kleinbauern Grund und Boden, worauf eine große Anzahl Enteigneter in die Hauptstadt strömte. Unruhen zwangen die Republik dazu, das Wahlrecht auf immer größere Teile der Bevölkerung auszuweiten. Jedoch konnte die politische Einbeziehung der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit der römischen Gesellschaft kaum entgegen wirken. All das klingt auf gespenstische Weise bekannt.
Die römische Republik endete, als Julius Caesar die Macht an sich riss; von da an wurde Rom von Kaisern regiert. Dennoch änderte sich nur wenig für den*die durchschnittliche*n Römer*in. Die Bürokratie, das Militär, die Wirtschaft und die Gerichte führten ihre Arbeit weiter wie bisher.
Spulen wir 18 Jahrhunderte vor bis zur Amerikanischen Revolution. Aufgebracht durch „Besteuerung ohne Repräsentation“, rebellierten nordamerikanische Untertanen des *Britischen Empires* und gründeten eine eigene repräsentative Demokratie[11], kurz darauf ergänzt durch einen an Rom angelehnten Senat. Die Funktion des



Staates blieb jedoch einmal mehr unverändert. Jene, die gekämpft hatten, um den König loszuwerden, entdeckten, dass Besteuerung mit Repräsentation kaum anders war. Darauf folgte eine Reihe von Aufständen – Shay's Rebellion, die Whisky Rebellion, Fries' Rebellion, und weitere – die alle brutal niedergeschlagen wurden. Die neue Demokratie erreichte, was das Britische Empire nicht geschafft hatte: Sie befriedete die Bevölkerung dank der Loyalität vieler Menschen, die gegen den Kö-



"Demokratie bedeutet 100% der Bevölkerung kooperieren um 51% der Wählerschaft das Recht zu sichern, zu wählen wer allen sagen soll, was sie tun sollen. In der Praxis meint das natürlich - mich."

nig revoltiert hatten: Repräsentierte diese neue Regierung sie etwa nicht?[12]

Diese Geschichte wurde viele Male wiederholt. In der französischen Revolution von 1848 betrat der Polzeipräfekt der vorläufigen Regierung das verlassene Büro des königlichen Polizeipräfekten und nahm dieselben Papiere auf, die sein Vorgänger gerade niedergelegt hatte. Als im 20. Jahrhundert in Griechenland, Spanien und Chile und vor kurzem in Tunesien und Ägypten Diktaturen zu Demokratien wurden, mussten die sozialen Bewegungen, die die Diktatoren gestürzt hatten, unter dem demokratischen Regime weiter gegen genau dieselbe Polizei kämpfen. Das ist *kratos* – von manchen auch „Tiefer Staat" genannt –, der von einem Regime zum anderen weitergegeben wird.

Gesetze, Gerichte, Gefängnisse, Geheimdienste, Steuerbehörden, Armeen, Polizei – die meisten dieser auf Zwang basierenden Machtinstrumente, die wir in einer Monarchie oder Diktatur als unterdrückend ansehen, funktionieren genauso in einer Demokratie. Wenn es uns allerdings erlaubt ist, zu wählen, wer diese Instrumente

kontrolliert, sollen wir sie als die unseren ansehen, sogar wenn diese gegen uns eingesetzt werden. Das ist die große Errungenschaft von zweieinhalb Jahrhunderten demokratischer Revolutionen: Statt die Herrschaftsmittel der Könige abzuschaffen, werden uns diese als volkseigen verkauft.
Seit der Amerikanischen Revolution diente die Übertragung der Macht von Herrschenden auf Versammlungen stets der frühzeitigen Eindämmung von revolutionären Bewegungen. Anstatt die ersehnten Änderungen mittels direkter Aktionen herbeizuführen, vertrauten die Rebell*innen diese Aufgabe ihren neuen Vertreter*innen am Steuerrad des Staates an – nur um ihre Hoffnungen verraten zu sehen.
So mächtig der Staat auch ist, was er nicht kann, ist seinen Untertanen Freiheit zu verschaffen. Er kann es nicht, weil seine Existenz auf ihrer Unterordnung basiert. Er kann andere unterordnen, er kann Ressourcen entziehen und konzentrieren, er kann Gebühren und Abgaben verhängen, er kann Rechte und Erlaubnisse gewähren – die Trostpreise für die Regierten – aber er kann keine Selbstbestimmung bieten. *Kratos* kann beherrschen, aber er kann nicht befreien.
Stattdessen verspricht die repräsentative Demokratie die Möglichkeit, sich gegenseitig mittels eines Rotationssystems zu regieren: ein aufgeteiltes und zeitlich begrenztes Königtum, das diffus, beweglich und dennoch hierarchisch ist wie die Wertpapierbörse. In Wirklichkeit gibt es, da die Macht delegiert wird, nach wie vor Regierende, die gegenüber allen anderen eine gewaltige Macht ausüben. Meist entstammen diese, wie die Bushs und Clintons, einer de facto herrschenden Klasse. Diese herrschende Klasse hat meist auch die höchsten Ränge in allen anderen hierarchischen Systemen unserer Gesellschaft inne, formell und informell. Selbst



wenn Politiker*innen aus der Unterschicht entstammen: Je mehr Macht sie ausüben, desto stärker entfernen sich ihre Interessen von denen der Regierten. Das wahre Problem sind nicht die Absichten der Politiker*innen; es ist der Staatsapparat an sich.
Während die Bewerber*innen um das Recht wetteifern, die Staatsmacht zu lenken, zweifeln sie niemals den Wert des Staates an sich an, selbst wenn sie sich in der Praxis ausschließlich auf der Empfängerseite seiner Gewalt befinden. Repräsentative Demokratie bietet die Möglichkeit, Dampf abzulassen: Wenn Menschen unzufrieden sind, blicken sie auf die nächste Wahl, da der Staat an sich als gegeben vorausgesetzt wird. Falls du aber die Geschäftemacherei der Unternehmen oder die Umweltzerstörung stoppen möchtest, ist der Staat dann tatsächlich der einzige, der mächtig genug ist, dies zu erreichen? Wer so denkt, vergisst, dass der Staat überhaupt erst die Bedingungen dafür geschaffen hat, die diese Übel ermöglichen.
So viel zu Demokratie und politischer Ungleichheit. Was ist mit der wirtschaftlichen Ungleichheit, die die Demokratie seit ihrem Anfang begleitet hat? Es wäre naheliegend, anzunehmen, dass ein System, das auf Mehrheitsentscheidungen aufgebaut ist, die Schere zwischen Arm und Reich reduziert, wenn die Armen die Mehrheit darstellen. Aber genau wie das antike Rom, ist auch die heutige demokratische Herrschaft von einer enormen Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen geprägt. Wie kann das sein?
Wie der Kapitalismus den Feudalismus in Europa ablöste, so hat sich die repräsentative Demokratie als zukunftsfähiger erwiesen als die Monarchie, da sie Mobilität innerhalb der Hierarchien des Staates ermöglichte. Der Euro und der Stimmzettel sind beides Mechanismen, um die Macht hierarchisch zu verteilen, die es erlauben, die Hierarchien an sich aus der Schusslinie zu nehmen. Im Gegensatz zu dem politischen und wirtschaftlichen Stillstand der Feudalzeit sorgen Kapitalismus und Demokratie für eine unaufhörliche Neuverteilung von Macht. Dank dieser dynamischen Anpassungsfähigkeit hat der*die potentielle Rebell*in bessere Chancen, seinen*ihren Stand innerhalb der bestehenden Verhältnisse zu verbessern, als diese umzuwerfen. Infolge dessen tendiert Opposition eher dazu, das politische System von innen zu beleben, als es zu gefährden.
Repräsentative Demokratie ist für die Politik das, was der Kapitalismus für die Wirtschaft ist. Die Wünsche der Wählenden und der Konsumierenden werden durch Währungen dargestellt, welche individuellen Machtgewinn versprechen, tatsächlich aber für eine andauernde Konzentration der Macht an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide sorgen. Solange die Macht dort konzentriert bleibt, ist es sehr einfach, jede*n zu stoppen, zu kaufen oder zu zerstören, welche*r die Existenz der Pyramide selbst bedroht.
Das erklärt, warum die Reichen und Mächtigen, wenn sie ihre Interessen durch die Institutionen der Demokratie gefährdet sahen, die Gesetze außer Kraft setzen konnten, um mit dem Problem umzugehen – nehmen wir als Beispiele die grauenhaften Schicksale der Gracchusbrüder im antiken Rom und von Salvador Allende im modernen Chile. Im Staatsgefüge hat das Eigentum immer über die Demokratie triumphiert.[13]

“Die freie Wahl der Herren schafft nicht Herren oder Sklaven ab. Freie Wahl zwischen eine großen Vielfalt von Gütern und Dienstleistungen kennzeichnen keine Freiheit, wenn diese Güter und Dienstleistungen die gesellschaftlichen Kontrollen eines Leben der Schinderei und Angst aufrecht erhalten – das heißt , wenn sie Entfremdung aufrecht erhalten. Und die spontane Reproduktion aufgesetzter Bedürfnisse durch die Individuen schafft keine Autonomie, sie zeugt nur von der Wirksamkeit der Kontrollen"
-Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*

“In der repräsentativen Demokratie wie im kapitalistischen Wettbewerb bekommen vermeintlich alle eine Chance, aber nur ein paar schaffen es zur Spitze. Wenn du nicht gewonnen hast, hast du dich nicht genug angestrengt! Das ist dieselbe Rechtfertigung, die genutzt wird, um die Ungerechtigkeiten von Sexismus und Rassismus zu begründen: Schaut, ihr Faulenzer hättet so erfolgreich wie Bill Cosby oder Hillary Clinton sein können, wenn ihr härter daran gearbeitet hättet. Aber an der Spitze ist nicht genug Platz für uns alle, egal wie hart wir arbeiten.
Wenn die Realität durch die Medien erzeugt wird und der Zugang zu den Medien durch Vermögen festgelegt wird, dann sind Wahlen einfach nur Werbekampagnen. Der Wettbewerb auf dem Markt diktiert, welche Lobbyist*innen die Ressourcen bekommen, um die Grundlagen zu bestimmen, auf denen die Wähler*innen ihre Entscheidung treffen. Unter diesen Umständen ist eine politische Partei im Grunde genommen ein Unternehmen, dass die Möglichkeit anbietet, in die Gesetzgebung zu investieren. Es ist albern zu erwarten, dass politische Repräsentant*innen entgegen den Interessen ihrer Klientel handeln, wenn sie von deren Macht direkt abhängig sind.”
CrimethInc. Workers’ Collective, *Work*

Direkte Demokratie: Regierung ohne Staat?

„Wahre Demokratie existiert nur durch die direkte Mitwirkung des Volkes, nicht durch die Aktivitäten seiner Repräsentanten. Parlamente sind eine legale Barriere zwischen dem Volk und der Wahrnehmung von Autorität, sie schließen die Massen von bedeutsamer Politik aus und monopolisieren die Souveränität an deren Stelle. Dem Volk bleibt nur der falsche Schein der Demokratie, der sich in den langen Schlangen derer manifestiert, die anstehen, um ihre Stimmen in die Wahlurnen zu werfen.“
Mu’ammer al Gaddafi, *Das grüne Buch*

“Das digitale Projekt, die Welt auf Repräsentationen zu reduzieren, stimmt mit dem Programm der parlamentarischen Demokratie überein, in welcher nur Repräsentant*innen über die vorgeschriebenen Kanäle Macht ausüben können. Beide stellen sich selbst gegen alles, was nicht berechenbar und nicht reduzierbar ist, um die Menschheit in ein Schema zu zwängen. Würden beide als elektronischen Demokratie vereinigt, böten sie die Möglichkeit, über ein unüberschaubares Spektrum von Details abzustimmen, während die Infrastruktur an sich unhinterfragbar wäre – je partizipativer ein System ist, desto ‘legitimer’ ist es.“
CrimethInc., *Deserting the Digital Utopia*

Das bringt uns in die Gegenwart. In Afrika und Asien entstehen neue Bewegungen, die Demokratie erstrebenswert finden; währenddessen sind in Europa und den Amerikas viele Menschen angesichts der Mängel der repräsentativen Demokratie desillusioniert und setzen ihre Hoffnungen stattdessen auf die direkte Demokratie. Sie gehen dabei von dem Modell der römischen Republik zurück zu dessen athenischer Vorgängerin. Wenn das Problem ist, dass die Regierung nicht auf unsere Bedürfnisse eingeht, wäre die Lösung dann nicht, die Beteiligung an ihr zu verallgemeinern, sodass wir die Macht direkt ausüben, anstatt sie an Politiker*innen abzugeben?
Aber was genau bedeutet das? Heißt es, über Gesetze abzustimmen, statt Gesetzgeber*innen zu wählen? Oder die bestehende Regierung zu stürzen und stattdessen eine Regierung von föderierten Versammlungen einzuführen? Oder noch etwas anderes?
Einerseits: Wenn die direkte Demokratie nur eine partizipativere und zeitraubende-



Von den Plätzen zum Parlament: Demokratie als Staatsmacht durch Crowd-Sourcing.

re Möglichkeit ist, den Staat zu führen, könnte sie uns zwar mehr Mitspracherecht in den Details der Regierung bieten; sie wird aber die dem Staat innewohnende Zentralisierung der Macht beibehalten. Es gibt hier ein Problem der Größenordnung: Können wir uns vorstellen, dass 219 Millionen Wahlberechtigte die Geschäfte der US-Regierung direkt führen? Die übliche Antwort darauf wäre, dass lokale Versammlungen Repräsentant*innen zu regionalen Versammlungen senden würden, die dann wiederum Repräsentant*innen zu einer nationalen Versammlung senden würden – aber dann wären wir schon wieder bei der repräsentativen Demokratie. Bestenfalls können wir uns anstatt einer regelmäßigen Wahl von Repräsentant*innen eine niemals endende Reihe von Volksabstimmungen vorstellen, die uns von oben verordnet werden.

Eine der tragfähigsten Versionen dieser Idee ist die digitale Demokratie, oder E-



Uneinigkeit über die Rolle der Generalversammlung während Occupy Oakland.

Demokratie, für die sich Gruppen wie die Piratenpartei stark machen. Die Piratenpartei wurde bereits ins bestehende politische System eingegliedert; aber theoretisch könnten wir uns eine Bevölkerung vorstellen, die digital verbunden ist und all die Entscheidungen ihrer Gesellschaft über Mehrheitsabstimmungen in Echtzeit trifft. In einer solchen Ordnung bekäme die Mehrheitsregierung eine praktisch un-

angreifbare Legitimation; auch wenn die größte Macht wahrscheinlich in den Händen der Technokrat*innen konzentriert wäre, die das System verwalten. Sie würden die Algorithmen programmieren, die festlegen, welche Informationen und Fragen im Vordergrund stehen, sie würden unsere Wahrnehmung tausend mal stärker beeinflussen, als dies die Werbung während des Wahljahrs heute macht.
Aber selbst wenn ein solches System perfektioniert werden könnte – möchten wir den zentralisierten Mehrheitsentscheid überhaupt beibehalten? Die bloße Tatsache der Teilhabe an der Politik macht den politischen Prozess nicht weniger zwanghaft. Solange die Mehrheit die Möglichkeit hat, ihre Entscheidungen der Minderheit aufzuzwingen, haben wir ein System, dessen Kern identisch ist mit dem, das heute die USA beherrscht – einem System, das auch Polizei, Gefängnisse, Steuerbehörden oder anderes benötigen würde, um dieselben Aufgaben zu erfüllen.
Bei wahrer Freiheit geht es nicht darum, wie viel Teilhabe wir bei der Beantwortung von Fragen haben können, sondern um das Ausmaß, in dem wir die Fragen selbst formulieren können – und ob wir andere daran hindern können, uns ihre Antworten aufzuzwingen. Die Institutionen, die unter einer Diktatur oder einer gewählten Regierung genutzt werden, sind nicht weniger unterdrückend, wenn sie von einer Mehrheit direkt und ohne die Vermittlung durch Repräsentant*innen verwendet werden. Letzten Endes ist selbst der direkt-demokratischste Staat besser darin, die Macht zu konzentrieren, als die Freiheit zu maximieren.
Andererseits glaubt nicht jede*r, dass Demokratie ein Mittel staatlicher Regierung ist. Manche Befürworter*innen der Demokratie haben versucht, die Diskussion darauf zu richten, dass wahre Demokratie außerhalb des Staates stattfindet und gegen sein Machtmonopol arbeitet. Für Gegner*innen des Staates scheint dies ein strategischer Zug zu sein, um sich all die Legitimität anzueigenen, welche in drei Jahrhunderten von Volksbewegungen und selbstgefälliger Staatspropaganda in die Demokratie investiert wurde. Es gibt jedoch drei grundsätzliche Probleme mit diesem Ansatz.
Erstens ist er geschichtsvergessen. Demokratie entstand als eine Form staatlicher Regierung; praktisch alle bekannten historischen Beispiele der Demokratie wurden durch den Staat durchgesetzt oder zumindest durch Leute, die anstrebten zu regieren. Die positiven Assoziationen, die wir heute mit Demokratie als eine Reihe von abstrakten Ansprüchen haben, kamen erst später hinzu.
Zweitens begünstigt er Verwirrungen. Jene, die Demokratie als eine Alternative zum Staat propagieren, formulieren selten eine deutliche Unterscheidung zwischen beiden. Wenn du auf Repräsentation, Zwangsmaßnahmen und die Rechtsstaatlichkeit verzichtest, aber all die anderen Kennzeichen beibehältst, die Demokratie zu einem Mittel des Regierens machen – Staatsbürgerschaft, Wahlen und die Zentralisierung von Legitimität in einer einzelnen Entscheidungsstruktur –, endest du damit, die Abläufe des Regierens beizubehalten, ohne die Mechanismen, die sie effektiv machen. Dies vereint das Schlimmste beider Welten. Es garantiert, dass jene, die versuchen, antistaatliche Demokratie umzusetzen und davon ausgehen, dass diese dieselben Funktionen wie der Staat ausübt, unausweichlich enttäuscht werden. Zugleich wird eine Situation herbeigeführt, in der antistaatliche Demokratie dazu tendiert, die Dynamiken, die mit dem Staat verbunden sind, in kleinerer Größenord-

nung zu reproduzieren.
Schlussendlich ist es ein aussichtsloser Kampf. Falls das, was du versuchst mit dem Wort Demokratie zu beschreiben, nur außerhalb des Staates möglich ist, erzeugt es beträchtliche Unklarheit, einen Begriff zu benutzen, der seit 2500 Jahren mit dem Staat in Verbindung gebracht wird.[14] Die meisten Menschen werden glauben, dass das, was du mit Demokratie meinst, am Ende doch mit dem Staat vereinbar ist. Das bereitet staatsbejahenden Parteien und Strategien den Weg, um in der Öffentlichkeit Legitimität wiederzuerlangen, sogar wenn sie zuvor gänzlich in Verruf geraten sind. Die Parteien *Podemos* und *Syriza* haben während der Platzbesetzungen in Barcelona und Athen dank ihrer direktdemokratischen Rhetorik an Boden gewonnen, nur um den Weg in die Hallen der Regierung zu finden, wo sie sich nun wie jede andere Partei verhalten.[15] Sie machen nach wie vor Demokratie, allerdings effizienter und effektiver. Ohne eine Sprache, die zwischen dem, was sie in Parlamenten machen und dem, was Menschen auf den Plätzen gemacht haben, unterscheidet, wird sich dieser Prozess unentwegt wiederholen.
Wenn wir unsere gegen den Staat gerichteten Handlungen dennoch als Praktiken der Demokratie bezeichnen, schaffen wir die Möglichkeit, dass unsere Bemühungen von größeren repräsentativen Strukturen resorbiert werden. Demokratie ist nicht nur dazu da, den Regierungsapparat zu verwalten, sondern auch, um ihn zu erneuern und zu rechtfertigen. Kandidaten, Parteien, Regime und selbst die Regierungsformen können mitunter ausgetauscht werden, wenn klar wird, dass sie die Probleme ihrer Wähler*innenschaft nicht lösen können. Auf diese Weise ist es der Regierung selbst – die Quelle von zumindest einigen dieser Probleme – möglich weiterzubestehen. Direkte Demokratie ist nur die neuste Umbenennung derselben Sache.
Selbst ohne die bekannte Fassade des Staates braucht jede Form der Regierung eine Möglichkeit zu bestimmen, wer an einem Entscheidungsprozess teilnehmen darf und unter welchen Bedingungen – also wieder einmal zu entscheiden, wer als *demos* zählt. Solche Vereinbarungen mögen zunächst vage sein, aber sie werden konkreter, je älter eine Institution wird und je mehr auf dem Spiel steht. Und wenn es nicht möglich ist, eine Entscheidung mit Zwang durchzusetzen – es kein *kratos* gibt – hat der Entscheidungsprozess der Regierung nicht mehr Gewicht als die Entscheidungen, die Menschen autonom treffen.[16] Dies ist der Widerspruch eines Projekts, das die Regierung ohne den Staat haben will.
Diese Widersprüche sind klar zu erkennen in Murray Bookchins Formulierung des *libertären Kommunalismus* als einer Alternative zu staatlicher Regierung.[17] Im *libertären Kommunalismus*, so Bookchin, würde eine exklusive und erklärtermaßen avantgardistische Organisation, die von Gesetzen und einer Verfassung bestimmt wird, durch Mehrheitsbeschluss Entscheidungen treffen. Sie würde Kandidaten für Stadtratswahlen aufstellen, mit dem letztendlichen Ziel, eine Konföderation zu schaffen, die den Staat ersetzen könnte. Sobald solch eine Konföderation umgesetzt wäre, würde die Mitgliedschaft bindend sein, auch wenn teilnehmende Kommunen ausscheiden wollen. Jene, die die Regierung ohne den Staat behalten wollen, enden in der Regel mit einer Art Staat, der sich anders nennt.

Der bedeutsame Unterschied ist nicht der zwischen Demokratie und Staat, sondern der zwischen Regierung und Selbstbestimmung. Regierung ist die Ausübung von Autorität über ein gegebenes Gebiet oder Gemeinwesen: Egal, ob der Prozess diktatorisch oder partizipativ ist, das Resultat ist die Auferlegung von Kontrolle. Im Gegensatz dazu bedeutet Selbstbestimmung, über ihr*sein Potential nach den eigenen Bedingungen zu verfügen: Wenn Menschen sich gemeinsam mit diesem auseinandersetzen, beherrschen sie sich nicht gegenseitig, sondern fördern ihre sich gegenseitig vermehrende Autonomie. Auf freiwilliger Basis geschaffene Vereinbarungen brauchen keinen Zwang; Systeme, die ihre Legitimität in einer einzigen Institution oder einem einzigen Entscheidungsprozess konzentrieren, benötigen diesen immer.
Es ist seltsam, das Wort Demokratie für die Idee zu benutzen, dass der Staat grundsätzlich nichts Erstrebenswertes ist. Das passende Wort für diese Idee ist Anarchismus. Anarchismus lehnt jede Art von Ausgrenzung und Herrschaft ab und befürwortet eine radikale Dezentralisierung von Machtstrukturen, Entscheidungsprozessen und Vorstellungen der Legitimität. Er ist keine Regierungsart, die gänzlich partizipativ sein soll, sondern die Unmöglichmachung jedweder Herrschaft.

„Zunächst ist Demokratie keine Staatsform. Sie ist in erster Linie die Wirklichkeit der Macht der Menschen, die niemals mit einer Staatsform vereinbar ist. Es wird immer eine Spannung geben zwischen der Demokratie als der Ausübung einer geteilten Macht des Denkens und Handelns und dem Staat, dessen Daseinsgrund es ist, sich diese Macht zu eigen zu machen… Die Macht der Bürger*innen ist, in erster Linie, eigenständig zu handeln und sich zu einer autonomen Kraft zu machen. Staatsbürgerschaft ist kein Privileg, das damit zusammenhängt, als Wähler*in und Bewohner*in in einem Land registriert zu sein; sie ist, vor allem, eine Aufgabe, die nicht übertragen werden kann.“
Jacques Rancière, *Interview in Público*, 15. Januar 2012

„Wir müssen alle zugleich Herrschende und Beherrschte sein, ansonsten ist die einzige Alternative ein System von Herrschenden und Untergebenen… Freiheit kann, anders ausgedrückt, nur über das Teilen politischer Macht erhalten werden. Dieses Teilen geschieht durch politische Institutionen.“
Cindy Milstein, *Democracy Is Direct*

Konsens und die Fantasie eines einstimmigen Entscheids

"Im strengen Wortsinne gab es noch nie eine echte Demokratie und es wird niemals eine geben… Man kann sich schwer vorstellen, dass alle Menschen dauernd in einer Versammlung sitzen um sich um öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern."
Jean-Jacques Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag*

Wenn der gemeinsame Nenner von demokratischen Regierungen Staatsangehörigkeit und Kontrolle ist – *demos* und *kratos* – würde die radikalste Demokratie diese Kategorien ausweiten um die ganze Welt zu umfassen: Universelle Staatsangehörigkeit und Nachbarschaftspolizei. In der idealen demokratischen Gesellschaft wäre jeder Mensch ein*e Bürger*in[18] und jede*r Bürger*in wäre Polizist*in.[19]

In der extremsten Variante dieser Logik hieße Mehrheitsentscheidung Entscheidung durch Konsens: nicht die Herrschaft einer Mehrheit, sondern einstimmige Herrschaft. Je näher wir an die Einstimmigkeit kommen, desto legitimer scheint die Regierung zu sein – wäre also eine konsensuale Herrschaft nicht die legitimste von allen? Dann würde schlussendlich keine Notwendigkeit mehr bestehen, dass jemand die Rolle der Polizei einnimmt.

Offensichtlich ist dies unmöglich. Aber es ist wert, darüber nachzudenken, welche Art der Utopie impliziert wird bei der Idealisierung von direkter Demokratie als eine Form der Regierung. Stell dir die Art von Totalitarismus vor, den es bräuchte, um den Druck zu erzeugen, um eine Gesellschaft per Konsens zu regieren – jede*n zur Zustimmung zu bringen. Sprich Dinge auf den kleinsten gemeinsamen Nenner herunterzubrechen! Wenn die Alternative zu Zwang ist Meinungsverschiedenheiten abzuschaffen, muss es einen dritten Weg geben.

Dieses Problem trat bei der Occupy-Bewegung auf. Einige Teilnehmende verstanden die Generalversammlungen als die Regierungskörper der Bewegung; aus ihrer Sicht war es undemokratisch, wenn Menschen ohne einstimmige Autorisierung handelten. Andere hatten diese Versammlungen als Orte der Begegnung ohne eine verordnende Autorität verstanden, in welchen die Leute Einflüsse und Ideen austauschen konnten, wodurch sie veränderliche Verbindungen rund um gemeinsame Ziele schufen, um gemeinsam zu handeln. Die ersteren fühlten sich verraten, wenn die Mitstreiter*innen Aktionen durchführten, auf die sich vorher nicht in den Generalversammlungen geeinigt wurde; letztere entgegneten, es sei unsinnig, einer willkürlich versammelten Masse, die buchstäblich jede*n einschließt, die*der gerade zufällig vorbeiläuft, ein Vetorecht zu geben.

Vielleicht ist die Antwort, dass die Entscheidungsfindung genauso dezentral wie konsensual sein muss, damit eine allgemeingültige Einigung nicht mehr nötig ist. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber er wirft neue Fragen auf. Wie sol-

len Menschen in verschiedene Gemeinwesen eingeteilt werden? Wie wird die Zuständigkeit einer Versammlung oder der Geltungsbereich der Entscheidungen, die sie machen kann, festgelegt? Wer entscheidet, an welcher Versammlung eine Person sich beteiligen kann oder wer die am meisten von einer Entscheidung Betroffenen sind? Wie werden Konflikte zwischen Versammlungen gelöst? Die Antwort auf diese Fragen wird entweder sein, eine Reihe von Regeln zu institutionalisieren, welche Legitimtät verwalten oder freiwillige Formen der Zusammenkunft vorzuziehen. Im ersten Fall werden die Regeln wahrscheinlich im Laufe der Zeit erstarren, weil Menschen auf ein Protokoll zurückgreifen, um Konflikte zu lösen. In letzterem Fall werden sich die Strukturen des Entscheidens unentwegt verändern, brechen, aufeinanderprallen und wiederentstehen; in organischen Prozessen, die schwerlich Regierung genannt werden können. Wenn die Teilnehmenden in einem Entscheidungsprozess frei sind, sich aus diesem zurückzuziehen oder sich an Aktivitäten zu beteiligen, die diesen Entscheidungen widersprechen, dann ist das, was stattfindet, keine Regierung – es ist schlicht eine Konversation.[20]

Aus einer Perspektive ist dies eine Frage der Betonung. Ist es unser Ziel, die idealen Institutionen hervorzubringen, sie so horizontal und partizipativ wie möglich zu gestalten – um sich diesen dann als der absoluten Grundlage der Autorität zu unterwerfen? Oder ist es unser Ziel, die Freiheit zu maximieren, was bedeuten würde, dass jede Institution, die wir hervorbringen, der Freiheit untergeordnet ist und dadurch ersetzbar wird? Nochmal – was ist legitim, die Institutionen oder unsere Bedürfnisse und Wünsche?

Selbst im besten Fall sind Institutionen nur ein Mittel zum Zweck; sie haben an für sich keinen Wert. Keine Person sollte gezwungen sein, dem vorgegebenen Ablauf irgendeiner Institution zu folgen, die sie unterdrückt oder ihre Bedürfnisse nicht befriedigt. Wenn es jedem Menschen frei stünde, sich mit anderen auf einer rein freiwilligen Basis zu organisieren, wäre dies der beste Weg, soziale Formen zu schaffen, die wirklich im Interesse der Beteiligten sind: Sobald die Struktur nicht für alle Beteiligten funktioniert, müssten sie sie anpassen oder ersetzen. Dieser Ansatz wird nicht die ganze Gesellschaft zu einem Konsens bringen, aber es ist die einzige Möglichkeit zu garantieren, dass ein Konsens bedeutsam und wünschenswert ist, wenn er entsteht.

“Demokratie bedeutet Regieren durch Diskussion, aber sie ist nur effektiv, wenn man Menschen daran hindern kann zu reden”

Clement Attlee, britischer Premierminister, 1957

Die Ausgeschlossenen: Rassismus, Geschlecht und Demokratie

“Wir haben nicht von Amerikas Demokratie profitiert. Wir haben nur unter Amerikas Heuchelei gelitten.”
Malcolm X, *Der Stimmzettel oder die Kugel*

“Als Amerika die Sklavengesellschaft errichtete, baute es damit die ökonomische Grundlage für sein großangelegtes Experiment der Demokratie auf… Amerikas unentbehrliche Arbeiter*innenklasse existierte als Eigentum außerhalb der Sphäre der Politik, dadurch konnten weiße Amerikaner*innen ihre Liebe zur Freiheit und zu den demokratischen Werten herausposaunen.“
Ta-Nehisi Coates, *Die Reparations-Klage*

Wir hören oft Argumente für die Demokratie, die davon ausgehen, dass diese, als inklusivste Form der Regierung, am besten geeignet sei, um den Rassismus und Sexismus unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Doch solange die Kategorien Regierte/Regierende und Eingeschlossene/Ausgeschlossene in die Struktur der Politik eingebaut sind, kodiert als „Mehrheiten“ und „Minderheiten“, selbst wenn die Minderheiten zahlenmäßig die Mehrheiten übersteigen, werden die Ungleichgewichte an Macht entlang der “Rassen”- und *gender*-Linien immer als Ungleichheiten in politischer Macht gespiegelt werden. Dies ist der Grund dafür, dass Frauen, schwarze Menschen und andere Gruppen immer noch keinen ihrer Anzahl entsprechenden politischen Einfluss haben, auch wenn sie vordergründig seit über einem Jahrhundert das Wahlrecht besitzen.
In seinem Buch *The Abolition of White Democracy*, präsentiert der späte Joel Olson eine überzeugende Kritik an dem, was er „weiße Demokratie” nennt – die Konzentration von demokratischer politischer Macht in weißen Händen mittels einer klassenübergreifenden Allianz von Menschen mit weißen Privilegien. Aber er hält es für gegeben, dass Demokratie das erstrebenswerteste System ist und nimmt an, dass weiße Vorherrschaft eher ein zufälliges Hindernis ihres Funktionierens sei und nicht ihre natürliche Folge. Wenn Demokratie die ideale Form von auf Gleichheit beruhenden Beziehungen ist, warum war sie dann praktisch während ihrer ganzen Existenz von strukturellem Rassismus[21]durchzogen?
Wo Politik als Nullsummenspiel konstruiert ist, sind jene, die Macht haben, abgeneigt, sie mit anderen zu teilen. Das ist schon bei den Männern zu erkennen, die gegen das allgemeine Wahlrecht waren und den weißen Menschen, die gegen die Ausweitung des Wahlrechts auf People of Color waren: Die Strukturen der Demokratie wirkten ihrer Bigotterie nicht entgegen, sondern gaben ihnen einen Ansporn, diese zu institutionalisieren.
Olson zeigt auf, wie die herrschende Klasse die weiße Vorherrschaft förderte, um

die Arbeiter*innenklasse zu spalten, aber er vernachlässigt, welchen Anteil die demokratischen Strukturen an diesem Prozess hatten. Er meint, dass wir als Antwort auf diese Spaltung Klassensolidarität vorantreiben sollten, aber (wie Bakunin gegen Marx argumentierte[22]) der Unterschied zwischen den Regierenden und den Regierten ist an sich schon ein Klassenunterschied – denken wir nur an das antike Athen. Rassistische Ausgrenzung war schon immer die Kehrseite der Staatsbürgerschaft.

Somit ist die politische Dimension weißer Vorherrschaft nicht nur eine Konsequenz rassistischer Unterschiede in Form von ökonomischer Macht – sie produziert sie auch. Unsere Gesellschaft war bereits lange vor dem Entstehen des Kapitalismus von ethnischen und rassistischen Aufspaltungen geprägt; die Beschlagnahmung jüdischen Eigentums während der Inquisition finanzierte die Kolonialisierung Amerikas, und der Raub an den amerikanischen Ureinwohner*innen sowie die Versklavung von Afrikaner*innen sorgte für das nötige Startkapital, um den Kapitalismus in Europa und später in Nordamerika auf Touren zu bringen. Es ist möglich, dass solche rassistischen Spaltungen auch die nächste tiefgreifende ökonomische und politische Veränderung überstehen werden – zum Beispiel als exklusive Versammlungen für überwiegend weiße (oder Angehörige einer bestimmten Religion oder selbst kurdische) (Anm.d.Ü.; vgl. Zaher Baher, 2016: „Our attitude towards Rojava must be critical solidarity“) Bürger*innen.

Es gibt keine einfachen Lösungen für dieses Problem. Reformist*innen sprechen oft darüber, unser politisches System „demokratischer“ zu machen, womit sie offener und gleichberechtigter meinen. Wenn ihre Reformen allerdings auf eine Weise umgesetzt werden, die die Institutionen der Regierung stärken, stärkt dies nur die Legitimität dieser Institutionen, sobald diese sich gegen die Marginalisierten richten – denken wir etwa an das massenhafte Einsperren von Afroamerikaner*innen seit der Bürger*innenrechtsbewegung. Malcolm X und andere Befürworter*innen des schwarzen Separatismus hatten Recht damit, dass eine von Weißen gegründete Demokratie schwarzen Menschen niemals Freiheit bieten würde – nicht, weil weiße und schwarze Menschen niemals koexistieren können, sondern, weil der durch das demokratische Regierungssystem geschaffene Wettkampf um zentralisierte Macht Konflikte erzeugt, die ein Miteinander verhindern. Wenn die heutigen rassistischen Konflikte jemals gelöst werden können, wird dies durch den Aufbau neuer Beziehungen auf dezentraler Basis geschehen, nicht indem die Ausgeschlossenen in die Staatsordnung der Eingeschlossen aufgenommen werden.[23]

Solange wir unser gemeinsames politisches Wirken als Demokratie verstehen – als Regierung durch einen legitimen Entscheidungsprozess – werden wir sehen, wie diese Legitimität angeführt wird, um Programme zu rechtfertigen, die weiße Vorherrschaft verkörpern, seien es die Gesetze des Staates oder die Entscheidungen eines Sprecher*innenrates. (Erinnern wir uns z.B. an die Spannungen zwischen dem Entscheidungsprozess der überwiegend weißen Vollversammlungen und den weniger weißen Camps innerhalb von vielen Occupy-Gruppen). Nur wenn wir die Idee verwerfen, dass jeder politische Prozess grundsätzlich legitim ist, werden wir in der Lage sein, das letzte Alibi der rassistischen Ungleichheiten, welche schon immer charakteristisch für die Demokratie waren, zu demontieren.





Wenden wir uns *gender* zu, erkennen wir, warum schon Lucy Parsons, Emma Goldman und andere Frauen meinten, dass die damalige Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen verfehlt sei. Warum sollte irgendwer die Möglichkeit ablehnen, an der Wahlpolitik teilzunehmen, so unvollkommen sie auch sein mag? Die kurze Antwort ist, dass sie die Regierung nicht partizipativer machen, sondern direkt abschaffen wollten. Aber wenn wir genauer hinschauen, können wir einige spezifische Gründe erkennen, warum Menschen, die sich mit Frauenbefreiung beschäftigten, dem Stimmrecht kritisch gegenüberstehen könnten.

Lasst uns noch einmal auf *polis* und *oikos* zurückkommen – der Stadt und dem Haushalt. Demokratie baut auf einer formalen Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Bereichen auf; der öffentliche Bereich ist der Ort aller legitimen Entscheidungsfindung, während der private Bereich davon ausgeschlossen ist oder ignoriert wird. Über eine Vielzahl von Gesellschaften und Zeitalter hinweg war dieser Unterschied hochgradig geschlechtsspezifisch aufgeladen: Männer beherrschten die öffentlichen Bereiche – Eigentum, Lohnarbeit, Regierung, Verwaltung und die Straßenecken – während Frauen und jene außerhalb der Geschlechterdualität in private Bereiche verbannt wurden: den Haushalt, die Küche, die Familie, Kindererziehung, Sexarbeit, Pflege und andere Formen unsichtbarer und unbezahlter Arbeit.

Insofern demokratische Systeme Entscheidungsprozesse und Autorität im öffentlichen Bereich zentralisieren, werden patriarchale Machtstrukturen reproduziert. Dies ist am offensichtlichsten, wenn Frauen* formell von Wahlen und Politik ausgeschlossen werden – aber selbst wenn sie es nicht werden, werden ihnen in der Öffentlichkeit häufig informelle Hürden in den Weg gelegt, während sie unverhältnismäßige Verantwortung im privaten Bereich zu tragen haben.

Die Aufnahme von mehr Teilnehmenden in den öffentlichen Bereich erhöht die Legitimität von Bereichen, in denen Frauen* und jene außerhalb der Geschlechterdualität nur benachteiligt teilnehmen können. Wenn „Demokratisierung" eine Verlagerung der Entscheidungsprozesse von informellen und privaten zu öffentlicheren, politischeren Bereichen bedeutet, kann das Resultat sogar manche Formen von Macht der Frauen aushöhlen. Entsinnen wir uns an die in den 1970ern von Graswurzelbewegungen gegründeten Frauen*häuser, die durch staatliche Finanzierung in einem Maße professionalisiert wurden, dass die Frauen*, die sie gegründet hatten, in den 1990ern nicht einmal mehr für die untersten Stellen in ihnen qualifiziert gewesen wären.

Also können wir uns nicht auf den Grad an der formellen Beteiligung von Frauen* in öffentlichen Bereichen als Index für die Befreiung verlassen. Stattdessen können wir die geschlechterbasierte Unterscheidung zwischen öffentlich und privat dekonstruieren, indem wir anerkennen, was in Beziehungen, Familien, Haushalten, Nachbarschaften, sozialen Netzwerken und anderen Räumen passiert, die nicht als Teil des politischen Bereichs angesehen werden. Dies würde nicht bedeuten, diese Bereiche zu formalisieren oder sie in eine angeblich *gender*-neutrale, politische Praxis zu integrieren, sondern eher eine Vielzahl von Wegen der Entscheidungsfindung zu legitimieren und zahlreiche Orte der Macht innerhalb der Gesellschaft anzuerkennen.

Es gibt zwei Methoden, auf männliche Vorherrschaft im politischen Bereich zu reagieren. Die erste ist, den formalen, öffentlichen Raum so zugänglich und inklusiv wie möglich zu machen – zum Beispiel, indem Frauen zur Wahl angemeldet werden, indem Kinderbetreuung angeboten wird, Quoten gesetzt werden, wer an einem Entscheidungsprozess teilnehmen muss, abzuwägen, wer in einer Diskussion reden darf oder sogar, wie in Rojava, Frauen*versammlungen mit Vetorecht zu gründen. Diese Strategie versucht Gleichheit einzuführen, aber sie nimmt nach wie vor an, dass alle Macht dem öffentlichen Bereich verliehen werden soll. Die Alternative ist, nach Wegen und Praktiken der Entscheidungsfindung zu suchen, die schon jetzt Menschen handlungsfähig machen, die nicht vom männlichen Privileg profitieren, und ihnen mehr Einfluss einzuräumen. Dieser Ansatz schließt sich langjährigen feministischen Traditionen[24] an, die das Leben von Menschen und deren Erfahrungen über formelle Strukturen und Ideologien stellen, wobei sie die Wichtigkeit von Vielfalt und den Wert von Dimensionen des Lebens, die ansonsten unsichtbar sind, anerkennen.
Diese zwei Ansätze können sich überschneiden und ergänzen – aber nur, wenn wir mit der Idee brechen, dass alle Legitimität in einer einzigen institutionellen Struktur konzentriert werden sollte.

"So lange es die Polizei gibt, wen denkst du, wird sie schikanieren? So lange es Gefängnisse gibt, wer denkst du, wird in ihnen sitzen? So lange es Armut gibt, wer denkst du, wird arm sein? Es ist naiv zu glauben, dass in einer Gesellschaft, die auf Hierarchien basiert, Gleichberechtigung geschaffen werden könnte. Du kannst zwar die Karten neu mischen, das Spiel aber bleibt das gleiche."
CrimethInc., *Alles verändern*

Die Geschichte der politischen Aktivitäten des Mannes beweist, dass sie ihm absolut nichts gegeben haben, was er nicht auch auf eine direktere, weniger kostspielige und nachhaltigere Weise erreicht haben könnte. Faktisch hat er jeden Meter durch einen stetigen Kampf, einen unablässigen Kampf der Selbstbehauptung und nicht durch das Wahlrecht gewonnen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die Frau auf ihrem Weg zur Emanzipation jemals durch den Stimmzettel geholfen wurde oder geholfen werden wird.
Emma Goldman, *Frauenwahlrecht*

"Von allen modernen Täuschungen ist der Stimmzettel sicherlich die größte… Das Prinzip von Herrschaft an sich ist falsch: Kein Mensch hat das Recht, jemand anderen zu beherrschen."
Lucy Parsons, *Der Stimmzettel-Schwindel*

Argumente gegen Autonomie

Es gibt etliche Einwände gegen die Idee, dass Entscheidungstrukturen eher freiwillig als verbindlich sein sollten, eher dezentralisiert als zentralisiert. Uns wurde gesagt, dass die Gesellschaft ohne einen zentralen Mechanismus zur Entscheidung von Konflikten in einem Bürgerkrieg zerfallen würde; dass es ohne Zentralgewalt unmöglich sei, uns gegen einen zentralisierten Angreifer zu Wehr zu setzen; dass wir den Apparat einer zentralen Regierung brauchten, um mit Unterdrückung und Ungerechtigkeit umgehen zu können.

In Wirklichkeit ist es genauso wahrscheinlich, dass die Zentralisierung von Macht Konflikte heraufbeschwört, wie dass sie sie löst. Wenn jede*r Einfluss in den staatlichen Strukturen erlangen muss, um irgendeine Kontrolle über die Bedingungen des eigenen Leben zu bekommen, ist es klar, dass dies Spannungen erzeugt. In Israel/Palästina, Indien/Pakistan und anderen Orten, an denen Menschen unterschiedlicher Religionen und Ethnien autonom in relativem Frieden zusammenlebten, hat das vom Kolonialismus aufgelegte Gebot, in den gegebenen Strukturen eines einzelnen Staates um die politische Macht zu ringen, zu langanhaltender ethnischer Gewalt geführt. Solche Konflikte waren auch in der US-Politik des 19. Jahrhunderts häufig – denken wir an die frühen Bandenkriege um Wahlen in Washington und Baltimore oder den Kampf um „Bleeding Kansas“. Wenn diese Kämpfe in den USA nicht mehr üblich sind, ist dies kein Beweis dafür, dass der Staat all die Konflikte gelöst hat, die er verursachte.

Eine zentralisierte Regierung wird als Weg gepriesen, um Konflikte zu beenden. Jedoch vereint und festigt sie die Macht lediglich in einer Weise, die es dem*der Sieger*in ermöglicht, ihre Stellung durch Waffengewalt aufrechtzuerhalten. Und wenn zentralisierte Strukturen zusammenbrechen, wie es in Jugoslawien während der Einführung der Demokratie in den 1990ern passierte, können die Konsequenzen durchaus grausam sein. Im besten Fall schiebt die Zentralisierung einen Konflikt nur hinaus, wie Schulden die Zinsen ansammeln.

Aber haben dezentralisierte Netzwerke eine Chance gegen zentralisierte Machtstrukturen? Wenn nicht, wäre die ganze Diskussion irrelevant, da dann jeder Versuch, mit Dezentralisierung zu experimentieren, von zentralisierteren Rival*innen zerschlagen werden würde.

Die Antwort darauf muss sich erst noch zeigen, aber die heutigen zentralisierten Mächte sind in keinster Weise von von ihren eigenen Unverwundbarkeit überzeugt. Schon 2001 hat die RAND Corporation argumentiert[25], dass dezentralisierte Netzwerke anstatt zentralisierter hierarchischer Strukturen die wichtigen Akteur*innen des 21. Jahrhunderts sein werden. Die Initiativen, die in den letzten zwei Jahrzehnten Raum für neue (sowohl demokratische als auch anarchistische) Experimente eröffnet haben – von der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung über Occupy bis hin zu dem kurdischen Experiment mit der Autonomie in Rojava –, diese Initiativen waren dezentral, während stärker zentralisierte Bemühungen wie *Syriza* prak-

tisch sofort vereinnahmt wurden. Eine Vielzahl von Gelehrten philosophieren nun über die entscheidenden Eigenschaften und Vorteile von netzwerkbasierter Organisierung.
Zuletzt wäre noch die Frage zu klären, ob eine Gesellschaft einen zentralisierten politischen Apparat braucht, um Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu beenden. Abraham Lincolns erste Amtsantrittsrede, die er 1861 am Vorabend des Bürgerkriegs hielt, ist eine der stärksten Ausdrücke dieses Arguments. Es lohnt sich, sie ausführlich zu zitieren:

„Schlicht die Grundidee der Abspaltung ist der Kern der Anarchie. Eine Mehrheit,

WENN NOMINIERT, WERDE ICH ABLEHNEN; WENN GEWÄHLT WURDE, WERDE ICH NICHT DIENEN.

DAS GILT GENAUSO, WENN JEMAND ANDERES GEWÄHLT WURDE.

die von verfassungstaatlichen Kontrollen und Einschränkungen gezügelt wird und sich immerzu problemlos verändert mit bewussten Veränderungen der allgemeinen Meinungen und Empfindungen, ist die einzig wahre Herrscherin eines freien Volkes. Wer immer dies zurückweist, landet notwendigerweise bei der Anarchie oder der Diktatur. Einstimmigkeit ist unmöglich. Die Herrschaft einer Minderheit als dauerhafter Zustand ist vollkommen unzulässig, so dass, wenn die Mehrheit abgelehnt wird, nur Anarchie oder Diktatur in einer ihrer Gestalten übrig bleiben…
Physisch betrachtet, können wir uns nicht trennen. Wir können weder unsere jeweiligen Gebiete voneinander entfernen, noch eine unüberwindbare Mauer zwi-

schen ihnen errichten. Ein Ehemann und eine Ehefrau mögen sich scheiden lassen, auseinandergehen und damit außerhalb der Reichweite des*der anderen sein, aber die verschiedenen Teile unseres Landes können dies nicht. Sie können nicht anders, als einander gegenüber zu bleiben und müssen weiter miteinander verkehren, sei es freundschaftlich oder feindselig. Ist es dann möglich, diesen Verkehr nach der Abspaltung vorteilhafter oder befriedigender als davor zu gestalten? Können Fremde leichter Verträge abschließen als Freund*innen Gesetze machen? Können Abkommen ehrlicher zwischen Fremden durchgesetzt werden als Gesetze zwischen Freund*innen? Angenommen, wir ziehen in den Krieg: Wir können nicht immer kämpfen und wenn wir aufhören – nach vielen Verlusten und keinerlei Ertrag auf beiden Seiten -, kommen wieder die gleichen alten Fragen nach den Bedingungen der gegenseitigen Beziehungen auf.
Dieses Land, mit all seinen Institutionen, gehört den Menschen, die es bewohnen. Wann immer sie der existierenden Regierung überdrüssig werden sollten, können sie ihr verfassungsmäßiges Recht in Anspruch nehmen, sie abzuändern oder ihr revolutionäres Recht, sie zu zerlegen oder zu stürzen."

Folge dieser Logik weit genug in die heutige globalisierte Welt und du gelangst zu der Idee einer Weltregierung: Mehrheitsentscheidungen im Maßstab des ganzen Planeten. Lincoln hat Recht, im Gegensatz zu den Befürworter*innen des Konsens, dass einstimmige Entscheidungen unmöglich sind und dass die, welche nicht von einer Mehrheit regiert werden wollen, zwischen Diktatur und Anarchie wählen müssen. Sein Argument, dass Fremde Abkommen nicht einfacher schließen können als Freund*innen Gesetze, klingt auf den ersten Blick überzeugend. Aber Freund*innen zwingen sich gegenseitig keine Gesetze auf. Gesetze sind dazu gemacht, sie schwächeren Parteien aufzuzwingen, während Abkommen zwischen Gleichen geschlossen werden. Regierung ist nicht etwas, das zwischen Freund*innen stattfindet, genauso wenig wie freie Menschen eine*n Herrscher*in brauchen. Wenn wir uns zwischen Diktatur, Mehrheitsregierung und Anarchie entscheiden müssen, ist Anarchie der Freiheit am nächsten – Lincoln nennt es unser „revolutionäres Recht", Regierungen zu stürzen.
Dennoch, indem er Anarchie mit der Abspaltung der Südstaaten in Verbindung brachte, übte Lincoln eine Kritik an der Autonomie, die bis heute widerhallt. Wenn die Zentralregierung nicht gewesen wäre, so sein Argument, wäre weder die Sklaverei abgeschafft worden, noch hätte der Süden die "Rassen"-Trennung aufgehoben oder *People of Color* Grundrechte zugesprochen. Diese Maßnahmen gegen Unrecht mussten mit vorgehaltener Waffe von den Armeen der Union und ein Jahrhundert später der Nationalgarde eingeführt werden. In diesem Zusammenhang bedeutet Dezentralisierung zu befürworten scheinbar auch, Sklaverei, "Rassen"-Trennung und den *Ku Klux Klan* zu akzeptieren. Welcher Mechanismus könnte Menschen ohne eine legitime Zentralregierung davon abhalten, unterdrückend zu handeln?
Hier gibt es verschiedene Irrtümer. Der erste Fehler ist klar: Von Lincolns drei Optionen – Diktatur, Mehrheitsregierung und Anarchie –, repräsentieren die Südstaaten die Diktatur, nicht die Anarchie. Ebenso ist es naiv zu glauben, dass der Appa-

rat der Zentralregierung ausschließlich für die Seite der Freiheit eingesetzt werden wird. Dieselbe Nationalgarde, die die Eingliederung in den Südstaaten überwachte, hat im ganzen Land Aufstände von Schwarzen niedergeschossen; heute gibt es beinahe so viele schwarze Menschen in US-Gefängnissen, wie es einst Sklaven in den USA gab. Und schließlich ist es auch nicht notwendig, alle Legitimität einem einzelnen Regierungskörper zuzusprechen, um gegen Unterdrückung vorzugehen. Wir können auch so handeln – wir müssen es einfach tun, ohne die Ausrede zu haben, das Gesetz durchzusetzen.

Der Zentralisierung von Macht und Legitimität entgegenzutreten heißt nicht, sich in völlige Selbstaufgabe zu flüchten. Manche Konflikte müssen stattfinden, sie können nicht vermieden werden. Sie sind die Folge wirklich unvereinbarer Differenzen und das Aufzwingen einer falschen Einigkeit zögert sie nur hinaus. In seiner Amtsantrittsrede fleht Lincoln im Namen des Staates darum, den Konflikt zwischen Gegner*innen und Befürworter*innen der Sklaverei auszusetzen – ein Konflikt, der unvermeidbar und notwendig war und schon seit Jahrzehnten aufgeschoben wurde. Währenddessen waren Sklavereigegner*innen wie Nat Turner und John Brown in der Lage, entschlossen zu handeln, ohne eine zentrale politische Autorität zu benötigen – ja, sie waren dazu nur in der Lage, *weil* sie keine solche Autorität anerkannten. Hätte es keinen Druck durch autonome Aktionen wie die ihren gegeben, hätte die Regierung niemals im Süden interveniert. Hätten mehr Menschen auf die gleiche Weise die Initiative ergriffen, wäre die Sklaverei nicht mehr möglich und der Bürgerkrieg nicht notwendig gewesen.

In anderen Worten, das Problem war nicht zu viel Anarchie, sondern zu wenig. Es waren autonome Aktionen, die eine Entscheidung bezüglich der Sklaverei erzwangen, nicht demokratische Bedächtigkeit. Überdies wäre es südstaatlichen Weißen nicht möglich gewesen, politische Vorherrschaft nach dem Wiederaufbau zu erlangen, wenn es mehr Verfechter*innen der Anarchie als Befürworter*innen der Herrschaft der Mehrheit gegeben hätte.

Eine weitere Geschichte ist erwähnenswert. Ein Jahr nach seiner Antrittsrede spricht Lincoln zu einem Ausschuss von Männern *of Color* und argumentiert, dass sie emigrieren sollen, um eine weitere Kolonie wie Liberia zu gründen, in der Hoffnung, dass der Rest des schwarzen Amerika[26] folgen würde. Bezüglich der Beziehungen zwischen befreiten schwarzen Menschen und weißen amerikanischen Bürgern behauptete er:

„Es ist besser für uns beide getrennt zu werden… Es gibt einen Widerwillen auf der Seite unserer Leute, so brutal es auch klingen mag, dass ihr freien farbigen Menschen bei uns bleibt."

In Lincolns politischem Kosmos kann sich also die *polis* der weißen Bürger*innen nicht spalten, aber sobald die schwarzen Sklav*innen des *oikos* nicht mehr ihre ökonomische Rolle einnehmen, ist es besser, dass sie fortgehen. Das dramatisiert die Dinge klar genug: Die Nation ist unteilbar, aber die Ausgeschlossenen sind ersetzbar. Wären die nach dem Bürgerkrieg befreiten Sklav*innen nach Afrika emigriert, wären sie genau zur rechten Zeit angekommen, um den Horror der europäi-

schen Kolonisation mitzuerleben, mit einer Totenzahl von zehn Millionen allein in Belgisch-Kongo[27]. Die richtige Lösung für solche Katastrophen ist nicht, die ganze Welt in einer einzigen, durch Mehrheitsentscheid regierten Republik einzugliedern, sondern alle Institutionen zu bekämpfen, die Menschen in Mehrheiten und Minderheiten, Regierende und Regierte teilen, wie demokratisch sie auch immer sein mögen.



Demokratische Hindernisse für die Befreiung

"Demokratie ist eine großartiger Weg um die Legitimität der Regierung sicherzustellen, selbst wenn sie dabei einen schlechten Job macht, die Wünsche der Bevölkerung zu erfüllen. In einer funktionierenden Demokratie stellen Massenproteste die Regierenden in Frage. Sie stellen aber nicht die grundsätzliche Beschaffenheit des politischen Systems des Staates infrage."
Noah Feldman, *Tunesiens Proteste sind diesmal anders*

"Gelegentlich rebelliert ihr, aber immer nur, um das Gleiche nochmal von vorne zu beginnen."
Albert Libertad, *Wähler: Ihr seid die wahren Verbrecher*

Abgesehen von Krieg oder einem Wunder nimmt die Legitimität einer neuen Regierung immer ab; sie kann nur abnehmen. Was der Staat auch verspricht, dass wir die Kontrolle über unsere Leben abgeben müssen, kann er nicht ausgleichen. Jeder einzelne Missstand unterstreicht dieses systembedingte Problem, auch wenn wir oft den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen.
Hier kommt die Demokratie ins Spiel: Eine weitere Wahl, eine weitere Regierung, ein weiterer Kreislauf von Optimismus und Enttäuschung.
Aber dies besänftigt die Bevölkerung nicht immer. Im letzten Jahrzehnt gab es weltweit Bewegungen und Aufstände – von Oaxaca bis nach Tunis, von Istanbul bis nach Rio de Janeiro, von Kiew bis Hong Kong – in welchen die Desillusionierten und Unzufriedenen versuchten, die Dinge in ihre Hand zu nehmen. Die meisten davon scharten sich um die Norm von mehr und besserer Demokratie, wobei in Bezug darauf kaum Einstimmigkeit bestand.
Wenn wir bedenken, wie viel Macht der Markt und die Regierung über uns haben, ist es wahrlich verlockend, uns vorzustellen, dass wir den Spieß umdrehen und anfangen könnten, sie zu regieren. Selbst jene, die nicht glauben, dass es möglich ist, dass die Bevölkerung die Regierung kontrolliert, enden meist damit, das letzte zu kontrollieren, was ihnen noch bleibt – ihren Widerstand gegen die Regierung. Indem sie Protestbewegungen als Experimente direkter Demokratie verstehen, machen sie sich daran, die Strukturen einen demokratischeren Welt voraus zu denken.
Aber was, wenn das Vorausdenken von Demokratie ein Teil des Problems ist? Das würde erklären, warum so wenige dieser Bewegungen eine unversöhnliche Opposition zu den Strukturen auf die Beine stellen, gegen die sie sich formierten. Möglicherweise mit den diskutierbaren Ausnahme von Chiapas und Rojava wurden sie alle besiegt (Occupy), in das Funktionieren der bestehenden Regierung integriert (Syriza, Podemos) oder, schlimmer noch, sie stürzten und ersetzten die Regierung, ohne eine echte Veränderung in der Gesellschaft zu erreichen (Tunesien, Ägypten,

Libyen, Ukraine).
Wenn eine Bewegung versucht sich auf Grundlage derselben Prinzipien wie die staatliche Demokratie zu legitimieren, endet sie dabei, den Staat bei seinem eigenen Spiel schlagen zu wollen. Selbst wenn sie erfolgreich ist, ist die Belohnung dafür, vom Staat vereinnahmt und institutionalisiert zu werden – sei es innerhalb der bestehenden Regierungsstrukturen oder indem diese neu erfunden werden. Somit enden Bewegungen, die als Revolten gegen den Staat angefangen haben, damit, ihn zu erneuern.
Dies kann auf vielen verschiedenen Wegen passieren. Es gibt Bewegungen, die sich selbst lähmen, indem sie beanspruchen, demokratischer, transparenter oder repräsentativer als die Autoritäten zu sein; Bewegungen, die durch Wahlen an die Macht kommen, nur um ihre ursprünglichen Ziele zu verraten; Bewegungen, die direktdemokratische Taktiken befürworten, die sich als genauso nützlich für diejenigen herausstellen, welche die staatliche Macht übernehmen wollen; und Bewegungen, die Regierungen stürzen, nur um sie zu ersetzen. Schauen wir uns eine nach der anderen an.
Wenn wir ebenso unsere Bewegungen auf das beschränken, worauf sich die Mehrheit der Beteiligten im Voraus einigen kann, wäre es uns wahrscheinlich unmöglich, sie überhaupt auf die Beine zu stellen. Wenn ein Großteil der Bevölkerung die Legitimität der Regierung und ihrer Gesetze akzeptiert, fühlen sich die meisten Menschen nicht berechtigt, irgendetwas zu tun, das die existierende Machtstruktur infrage stellt, egal wie schlecht sie diese behandelt. Konsequenterweise fällt es einer Bewegung, die Entscheidungen durch einen Mehrheitsbeschluss oder Konsens trifft, wahrscheinlich schwer, sich auf andere als die symbolischsten Taktiken zu einigen. Kannst du dir vorstellen wie die Bewohner*innen von Ferguson, Missouri eine konsensbasierte Versammlung abhalten, um zu entscheiden, ob sie den nahegelegenen Einkaufsmarkt anzünden und die Polizei angreifen sollen? Und dennoch waren dies die Aktionen, die das entfachten, was als *Black Lives Matter*-Bewegung bekannt wurde. Menschen müssen etwas Neues normalerweise selbst erleben, um offen dafür zu sein; es ist ein Fehler, eine ganze Bewegung darauf zu beschränken, was den meisten Beteiligten schon vertraut ist.
Wenn wir darauf beharren, dass unsere Bewegungen gänzlich transparent sein sollen, bedeutet das, dass wir die Autoritäten entscheiden lassen, welche Taktiken wir benutzen können. Unter den Bedingungen von weitverbreiteter Unterwanderung und Überwachung die gesamte Entscheidungsfindung transparent und in der Öffentlichkeit durchzuführen, läuft darauf hinaus, die Repression gegen alle, die als Gefahr für den *status quo* verstanden werden, einzuladen. Je öffentlicher und transparenter ein Entscheidungskörper ist, desto konservativer werden seine Aktionen sehr wahrscheinlich sein, selbst wenn dies dem ausdrücklichem Existenzgrund der Struktur widerspricht – denken wir an all die Umweltbündnisse, die noch nie einen einzigen Schritt getan haben, um die den Klimawandel verursachenden Aktivitäten aufzuhalten. Innerhalb der demokratischen Logik macht es Sinn, Transparenz von der Regierung zu verlangen, da angenommen wird, sie solle die Menschen repräsentieren und ihnen gegenüber Rechenschaft ablegen. Aber außerhalb dieser Logik sollten wir nicht von den Teilnehmenden sozialer Bewegungen for-

dern, sich gegenseitig Rede und Antwort zu stehen, sondern versuchen, die Autonomie, mit der sie handeln können, zu maximieren.
Wenn wir Legitimität beanspruchen mit der Begründung, dass wir die Öffentlichkeit repräsentieren, bieten wir den Autoritäten einen einfachen Weg, uns auszumanövrieren, während wir für andere eine Möglichkeit bieten, unsere Bemühungen zu vereinnahmen. Vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts war es möglich zu behaupten, dass eine Bewegung den Willen der Bevölkerung repräsentiert; aber heutzutage kann eine Wahl mehr Menschen an die Urnen treiben als die größte Bewegung auf die Straßen. Die Gewinner*innen einer Wahl werden immer behaupten können, mehr Menschen zu repräsentieren als an einer Bewegung teilnehmen können.[28]
Zugleich können Bewegungen, die behaupten, die unterdrücktesten Teile der Gesellschaft zu repräsentieren, überlistet werden, indem Vorzeigevertreter*innen dieser Gruppen in die Hallen der Macht aufgenommen werden. Solange wir die Idee der Repräsentation anerkennen, können neue Politiker*innen oder Parteien unsere Rhetorik nutzen, um an die Macht zu kommen. Wir sollten nicht behaupten, das Volk zu repräsentieren – wir sollten darauf beharren, dass niemand das Recht hat, uns zu regieren.
Was passiert, wenn eine Bewegung durch Wahlen an die Macht kommt? Der Sieg von Lula und seiner Arbeiter*innenpartei in Brasilien schien das Best-Case-Szenario zu sein, in der eine Partei, die auf radikaler Graswurzelorgansierung basierte, das Steuer des Staates übernahm. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Brasilien einige der mächtigsten sozialen Bewegungen weltweit, einschließlich der 1,5 Millionen Menschen starken Landreform-Kampagne MST (Bewegung der landlosen Arbeiter*innen). Viele dieser Bewegungen standen mit der Arbeiter*innenpartei in Verbindung. Nach dem Amtsantritt von Lula 2002 begann für die sozialen Bewegungen jedoch ein starker Mitgliederverlust, der bis 2013 anhielt. Mitglieder der Arbeiter*innenpartei verließen die lokalen Gruppen, um Posten in der Regierung einzunehmen, während die Notwendigkeiten der Realpolitik Lula davon abhielten, den sozialen Bewegungen, welche er zuvor unterstützt hatte, Zugeständnisse zu gewähren. Die MST hatte die konservative Regierung, die Lula vorausgegangen war, gezwungen, viele Landbesetzungen zu legalisieren, aber sie machte keinerlei Fortschritte unter Lula. Dieses Muster wiederholte sich überall in Lateinamerika, als scheinbar radikale Politiker*innen die sozialen Bewegungen verrieten, die sie ins Amt gebracht hatten. Heute sind die mächtigsten sozialen Bewegungen in Brasilien rechtsgerichtete Proteste gegen die Arbeiterpartei. Der Weg zur Freiheit lässt sich nicht durch Wahlen abkürzen.
Was wäre, wenn wir, anstatt die Macht im Staate anzustreben, uns darauf konzentrieren würden direktdemokratische Modelle wie etwa Stadteilversammlungen zu verbreiten? Leider können solche Praktiken genutzt werden, einer großen Bandbreite von Absichten zu dienen. Nach dem slowenischen Aufstand von 2012 trafen sich in Ljubljana weiterhin Stadtteilversammlungen. Währenddessen begann eine von der Stadt finanzierte NGO, Versammlungen in einem „Problemviertel" zu organisieren – als Pilotprojekt, um das Gebiet „wiederzubeleben". Dahinter stand ausdrücklich der Anspruch, unzufriedene Bürger*innen wieder in einen Dialog mit der

Regierung zu bringen. Während der ukrainischen Revolution 2014 wurden die faschistischen Parteien *Svoboda* und der *Rechte Sektor* durch die demokratischen Versammlungen auf dem besetzten Maidan bekannt. 2009 schlossen sich Mitglieder der griechischen faschistischen Partei *Goldene Morgenröte* Bürger*innen im athenischen Viertel Agios Panteleimonas an, die eine Versammlung organisierten, die Angriffe auf Immigrant*innen und Anarchist*innen koordinierte. Wenn wir Offenheit und Selbstbestimmung befördern wollen, reicht es nicht, die Rhetorik und Verfahrensweisen partizipativer Demokratie zu verbreiten.[29] Wir müssen ein Bezugssystem unter die Leute bringen, das sich aus sich selbst heraus dem Staat und anderen Formen hierarchischer Macht widersetzt.

Selbst spezifisch revolutionäre Strategien können von Weltmächten im Namen der Demokratie zu ihrem Nutzen umgemünzt werden. Von Venezuela (2014) bis Mazedonien (2011) haben wir gesehen, wie staatliche Akteure und Kapitalinteressen tatsächlichen Unmut der Bevölkerung in soziale Ersatzbewegungen kanalisiert haben, um die Wahlperiode verkürzen. Meist ist das Ziel, die herrschende Partei zum Aufgeben zu zwingen, um sie durch eine „demokratischere“ Regierung zu ersetzen – das heißt eine Regierung, die fügsamer gegenüber den Interessen der EU und USA ist. Solche Bewegungen legen ihren Fokus meist auf die „Korruption“ und unterstellen dabei, dass das System ausgezeichnet funktionieren würde, wenn nur die richtigen Menschen an der Macht wären. Wenn wir auf die Straßen gehen, sollten wir uns nicht gegen eine bestimmte Regierung richten, sondern gegen die Regierung an sich. Andernfalls riskieren wir, zum Werkzeug irgendeiner fremden politischen Initiative zu werden.

Die ägyptische Revolution hat uns auf dramatische Weise die Sackgasse einer demokratischen Revolution gezeigt. Nachdem Hunderte ihr Leben ließen, um Hosni Mubarak zu stürzen und die Demokratie einzuführen, haben die Wahlen einen weiteren Autokraten an die Macht gebracht, Mohamed Mursi. Ein Jahr später (2013) hatte sich nichts verbessert und die Menschen, die die Revolution getragen hatten, gingen noch einmal auf die Straßen, diesmal, um die Ergebnisse der Demokratie zurückzuweisen. Sie zwangen das ägyptische Militär, Mursi abzusetzen. Bis heute bleibt das Militär der eigentliche Herrscher von Ägypten und dieselbe Unterdrückung und Ungerechtigkeit, die zwei Revolutionen hervorgebracht hat, setzt sich fort. Die Optionen, die durch das Militär, Mursi und die Revoltierenden repräsentiert werden, sind dieselben, die Lincoln einst in seiner Antrittsrede beschrieben hat: Tyrannei, Mehrheitsherrschaft und Anarchie.

Hier, an den äußeren Grenzen des Kampfes gegen Armut und Unterdrückung, stoßen wir immer auf den Staat selbst. Solange wir uns einer Regierung unterwerfen, wird der Staat je nach Bedarf zwischen Mehrheitsherrschaft und Tyrannei wechseln – zwei Erscheinungsformen desselben Grundprinzips. Der Staat kann viele Formen annehmen; wie der Pflanzenwuchs kann der Staat absterben und anschließend von den Wurzeln an wieder nachwachsen. Er kann die Form der Monarchie annehmen oder der parlamentarischen Demokratie, einer revolutionären Diktatur oder eines provisorischen Rats. Wenn die Autoritäten geflüchtet sind und das Militär gemeutert hat, kann der Staat als eine Keimform, getragen von den Befürwortern von Ordnung und Verfahrensregeln, in einer scheinbar horizontalen Vollver-



Auch Hitler kam durch eine demokratische Wahl an die Macht.

sammlung fortbestehen. All diese Formen, wie demokratisch sie auch sein mögen, können ein Regime erneuern, das in der Lage ist, Freiheit und Selbstbestimmung zu zerstören.

Der einzige sichere Weg, Vereinnahmung, Manipulation und Opportunismus zu vermeiden, ist die Weigerung, irgendeine Art der Herrschaft zu legitimieren. Wenn Menschen ihre Probleme durch flexible, horizontale, dezentrale Strukturen lösen und ihre Bedürfnisse dadurch befriedigen, gibt es keine Führer*innen, die korrumpiert werden können, keine formalen Strukturen, die erstarren können und keinen alleinigen Entscheidungsprozess, der an sich gerissen werden kann. Beseitigen wir die Zentralisierung der Macht und jene, die an die Macht kommen wollen, werden nie einen Einfluss auf die Gesellschaft bekommen. Eine unregierbare Bevölkerung wird sich wahrscheinlich gegen Möchtegerntyrann*innen verteidigen müssen, sich aber niemals hinter einen machthungrigen Menschen stellen.

In Richtung Freiheit: Ausgangspunkte

"Anarchismus stellt nicht die radikalste Form der Demokratie dar, sondern ein vollkommen anderes Muster kollektiven Handelns."
Uri Gordon, *Hier und Jetzt. Anarchistische Praxis und Theorie*

Die klassische Verteidigung der Demokratie ist, dass sie die schlechteste aller Regierungsformen ist – wenn man von allen anderen absieht. Wenn aber Regierung selbst das Problem ist, müssen wir zum Reißbrett zurückkehren.
Sich die Menschheit ohne Regierung vorzustellen ist ein anspruchsvolles Unterfangen; zwei Jahrhunderte anarchistische Theorie kratzen nur an der Oberfläche. Für den Zweck dieser Analyse schließen wir mit ein grundlegenden Werten ab, die uns über die Demokratie hinaus führen könnten; sowie ein paar Vorschlägen, die uns verstehen lassen, was wir tun könnten anstatt zu regieren. Das meiste der Arbeit muss noch getan werden.

Horizontalität, Dezentralisierung, Autonomie, Anarchie

Genauer betrachtet wird Demokratie nicht den Werten gerecht, die uns überhaupt erst zu ihr brachten – Gleichwertigkeit, Inklusivität, Selbstbestimmung. Neben diesen Werten müssen wir Horizonatlität, Dezentralisierung und Autonomie als ihre unverzichtbaren Gegenüber hinzufügen.
Horizontalität hat seit dem 20. Jahrhundert viel an Bedeutung gewonnen. Beginnend mit dem Aufstand der Zapatistas und verstärkt durch die Antiglobalisierungsbewegung, sowie der Rebellion in Argentinien, hat die Idee von führungslosen Strukturen sich sogar bis in die Geschäftswelt ausgebreitet.[30]
Aber Dezentralisierung ist genauso wichtig wie Horizontalität wenn wir nicht in einer Tyrannei von Gleichwertigen gefangen sein wollen, in der sich alle einig sein müssen, wenn irgendwer etwas machen möchte. Dezentraliserung bedeutet mehrere Räume zu haben um Entscheidungen zu treffen und mehrere Formen von Legitimiät, statt eines einzelnen Prozesses den alle Angelegenheiten durchlaufen müssen. Wenn Macht in einem Zusammenhang ungleichmäßig verteilt wurde, kann dies an einem anderen Punkt ausgeglichen werden. Dezentralisierung meint das Erhalten von Unterschieden – strategische und ideologische Vielfalt ist eine Quelle

der Stärke für Bewegungen und Gemeinschaften, so wie es biologische Vielfalt in der Natur ist. Wir sollten uns weder aus dem Vorwand der Verbundeheit in homogene Gruppen aufspalten, noch unsere Politik auf den geringsten gemeinsamen Nenner reduzieren.
Dezentralisierung setzt Autonomie voraus – die Fähigkeit frei aus der eigenen Initiative heraus zu handeln. Autonomie kann auf jedem Level der Skala angewandt werden – auf eine Einzelperson, eine Nachbarschaft, eine Bewegung, eine ganze Region. Um frei zu sein, benötigst du Kontrolle über deine unmittelbare Umgebung und die Einzelheiten deines täglichen Lebens; je eigenständiger du bist, desto sicherer ist deine Autonomie. Das muss nicht bedeuten, all deine Bedürfnisse unabhängig von anderen zu befriedigen; es kann auch die Art von gegenseitiger Abhängigkeit bedeuten, bei der du Einfluss auf die Menschen hast von denen du abhängig bist. Keine einzelne Institution sollte in der Lage sein, den Zugang zu Ressourcen oder sozialen Beziehungen für sich alleine zu beanspruchen. Eine Gesellschaft die Autonomie befürwortet benötigt das, was ein*e Ingenieur*in Redundanz nennen würde: eine Vielzahl von Optionen und Möglichkeiten in jedem Aspekt unseres Lebens.
Wenn wir Freiheit fördern wollen, reicht es nicht aus, Autonomie alleine zu bejahen.[31] Ein Nationalstaat oder eine politische Partei kann Autonomie verfechten, genauso wie Nationalist*innen und Rassist*innen. Der Fakt, dass eine Person oder Gruppe autonom ist sagt uns wenig darüber, ob die Beziehungen mit anderen, die sie pflegen, gleichwertig oder hierarchisch, ein- oder ausschließend sind. Wenn wir Autonomie für alle maximieren wollen, anstatt sie nur für uns zu fordern, müssen wir Strukturen schaffen in denen keine*r in der Lage ist, institutionelle Macht über andere zu sammeln.
Wir müssen Anarchie schaffen.

Institutionen entzaubern

Institutionen existieren, um uns zu dienen, nicht umgekehrt. Sie haben von sich aus keinen Anspruch auf unseren Gehorsam. Wir sollten ihnen niemals mehr Legitimität verleihen als unseren eigenen Bedürfnissen und Begierden. Wenn unsere Wünsche mit den Wünschen anderer in Konflikt stehen, können wir sehen, ob ein institutioneller Prozess eine Lösung bietet, die alle Betroffenen befriedigt; aber sobald wir einer Institution das Recht gewähren, bei unseren Konflikten ein Urteil zu sprechen oder uns Entscheidungen vorzuschreiben, haben wir unsere Freiheit aufgegeben.
Das ist keine Kritik an einem speziellen organisatorischen Modell oder ein Argument für „informelle“ gegenüber „formellen“ Strukturen. Stattdessen geht es darum, dass wir alle Modelle als vorübergehend betrachten – dass wir sie unaufhörlich anpassen und neu erfinden. Wo Thomas Paine versuchte, das Gesetz als

König einzusetzen, wo Rousseau über den Gesellschaftsvertrag theoretisierte und jüngst die Schwärmer*innen des ungezügelten Kapitalismus von einer Gesellschaft träumen, die nur auf Verträgen basiert, setzen wir entgegen, dass es keine Verträge oder Gesetze braucht, wenn Beziehungen wirklich im besten Interesse aller Beteiligten sind.
Dies ist auch keine Parteinahme für bloßen Individualismus oder dafür, Beziehungen als entbehrlich zu behandeln oder sich nur mit denen zu organisieren, die dieselbe Vorlieben haben. In einer vollen, verflochtenen Welt, können wir es uns nicht leisten, uns zu weigern, mit anderen Menschen zusammenzuleben oder uns mit ihnen zu koordinieren. Der springende Punkt ist einfach, dass wir nicht versuchen sollten Beziehungen in Gesetze zu gießen.
Statt uns einer Blaupause oder einem Protokoll zu beugen, können wir Institutionen fortlaufend bewerten: Befördern sie Kooperation – oder Wettstreit? Verteilen sie Handlungsmacht – oder schaffen sie Nadelöhre der Macht? Bieten sie jeder beteiligten Person die Möglichkeit, ihr Potential nach eigenen Maßstäben auszuschöpfen – oder verordnen sie äußere Befehle? Fördern sie die Lösung von Konflikten mit einem für alle annehmbaren Ergebnis – oder bestrafen sie alle, die mit einem festgeschriebenen System in Konflikt geraten?

“Er erzählte uns, dass wir niemals glauben sollen, Gesetze und Institutionen seien legitim, wenn unser Gewissen und unser Verstand sie verurteilten. Er ermahnte uns, der Mehrheit keinen Glauben zu schenken, egal wie groß sie auch sei, wenn sie unserer Prinzipien und Meinungen im Wege steht; die größten Mehrheiten waren manchmal nicht mehr als ein organisierter Mob.”
August Bondi, über John Brown

Orte der Begegnung schaffen

Anstatt formaler Stellen zentralisierter Entscheidungsfindung schlagen wir eine Vielzahl von Orten der Begegnung vor, wo Menschen sich dem Einfluss anderer öffnen und herausfinden können, wer ihre Prioritäten teilt. Begegnung bedeutet eine wechselseitige Veränderung: gemeinsame Bezugspunkte herstellen, an gemeinsamen Interessen anknüpfen. Der Begegnungsort ist weder ein repräsentatives Gremium, das mit Autorität ausgestattet ist, um Entscheidungen für andere zu treffen, noch ein regierendes Gremium, das Mehrheitsentscheide oder Konsens verwendet. Es ist eine Möglichkeit für Menschen, um auf freiwilliger Basis zu experimentieren und in unterschiedlichen Konstellationen zu handeln.

Das Delegiertenplenum unmittelbar vor den Demonstrationen gegen die Amerika-

nische Freihandelszone (FTAA) 2001 in Quebec City war ein klassischer Begegnungsort. Dieses Treffen brachte ein breites Spektrum autonomer Gruppen aus der ganzen Welt zusammen, um gegen das FTAA zu demonstrieren. Anstatt zu versuchen, verbindliche Entscheidungen für alle zu machen, stellten die Teilnehmenden die Aktionen vor, die ihre Gruppen vorbereitet hatten und versuchten, diese soweit es ging aufeinander abzustimmen. Viele der Entscheidungsfindungen fanden anschließend in informellen Diskussionen zwischen den Gruppen statt. Dadurch war es Tausenden von Menschen möglich, ihre Aktionen aufeinander abzustimmen, ohne eine zentrale Führung zu benötigen und ohne der Polizei viel Einblick in das breite Spektrum ihrer Pläne zu geben. Wenn das Delegiertenplenum ein Organisationsmodell verwandt hätte, das Einheit und Zentralisierung herstellen soll, hätten die Teilnehmenden die ganze Nacht mit fruchtlosen Diskussionen über Ziele, Strategien und darüber, welche Taktiken erlaubt sein sollen, verbringen können.

Die meisten sozialen Bewegungen der letzten zwei Jahrzehnte waren Mischformen mit einem Nebeneinander von Begegnungsorten und einer Form von Demokratie. Bei *Occupy*, zum Beispiel, dienten die Camps als offene Begegnungsorte, wobei die Generalversammlungen formell als direktdemokratische Entscheidungsgremiem gedacht waren. Die meisten dieser Bewegungen entfalteten ihre größte Wirkung, weil die Begegnungen, die sie förderten, Gelegenheiten für autonome Aktionen schufen, nicht, weil sie Gruppenaktivitäten durch direkte Demokratie zentralisierten.[32] Wenn wir die Begegnung als die treibende Kraft dieser Bewegungen sehen und nicht als Rohmaterial, das durch einen demokratischen Prozess geformt werden sollte, hilft es, dem Vorrang zu geben, was wir am besten können.

Anarchist*innen haben sich manchmal, frustriert von den Widersprüchen des demokratischen Diskurses, zurückgezogen, um sich allein gemäß bereits vorher existierenden Verbundenheiten zu organisieren. Jedoch bringt Absonderung Stillstand und Verbitterung mit sich. Es ist besser, sich auf Basis der eigenen Lebensumstände und Bedürfnisse zu organisieren, damit wir mit all denen in Kontakt kommen, die diese teilen. Nur wenn wir uns selbst als Knoten innerhalb veränderbarer Gemeinschaften verstehen, statt als allein stehende Einheiten mit feststehenden Interessen, können wir die schnellen Wandlungsprozesse verstehen, die Leute durchleben, wenn sie Erfahrungen machen wie bei der *Occupy*-Bewegung – und die gewaltige Kraft der Begegnung, die uns verändert, wenn wir uns dieser gegenüber öffnen.

Gemeinschaft fördern – Unterschiede erhalten

Wenn keine Institution, kein Vertrag oder Gesetz uns unsere Entscheidungen vorschreiben können soll, wie können wir uns dann darüber einigen, welche Verantwortlichkeiten wir einander gegenüber haben?

Manche haben eine Unterscheidung zwischen „geschlossenen“ und „offenen“ Gruppen vorgeschlagen: In ersteren einigen sich die Teilnehmenden darauf, einander für ihre Handlungen Rechenschaft abzulegen; letztere brauchen keinen Konsens zu erreichen. Das wirft aber die Frage auf, wo wir den Trennungsstrich zwischen beiden ziehen. Wenn wir in geschlossenen Gruppen verantwortlich gegenüber unseren Gefährt*innen sind, bis wir uns entscheiden, sie zu verlassen – und dies können wir jederzeit tun – ist dies kaum ein Unterschied zu offenen Gruppen. Gleichzeitig sind wir alle, ob wir es wollen oder nicht, an einer einzigen geschlossenen Gruppe beteiligt, die sich einen einzigen Raum teilt: die Erde. Es geht also nicht um die Unterscheidung zwischen Räumen, in denen wir füreinander verantwortlich sind und jenen, in denen wir frei handeln können. Die Frage ist, wie wir sowohl Verantwortlichkeit als auch Autonomie in jedem Zusammenhang und in jeder Größenordnung fördern.
Zu diesem Zweck machen wir uns daran, wechselseitig erfüllende Strukturen in jedem Bereich der Gesellschaft zu schaffen. Räume, in denen Menschen sich miteinander identifizieren und einen Grund haben, sich einander gegenüber richtig zu verhalten. Dies kann viele Formen annehmen, von Hausprojekten und Nachbarschaftsversammlungen bis hin zu internationalen Netzwerken. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir diese stetig umgestalten müssen, je nachdem, wie viel Vertrautheit und Wechselbeziehung sich für die Beteiligten als vorteilhaft erweisen. Wenn sich eine Struktur verändern muss, muss dies kein Zeichen für einen Fehlschlag sein, ganz im Gegenteil, es zeigt, dass die Teilnehmenden nicht um Vorherrschaft kämpfen. Statt einen Entscheidungsfindungsprozess als ein Streben nach Einstimmigkeit zu verstehen, können wir ihn als einen Raum nutzen, in dem Unterschiede auftauchen, sich Konflikte abspielen und Wandlungen vollziehen, während unterschiedliche soziale Zusammensetzungen zusammenkommen und auseinandergehen. Sich Widersprechen und Abspalten kann genauso erstrebenswert sein wie das finden einer Übereinkunft, vorausgesetzt, sie entsteht aus den richtigen Gründen; die Vorteile einer größeren Organisierung sollten genügen, um Menschen davon abzuhalten, sich unnötig zu zersplittern.
Unsere Institutionen sollten uns helfen, Unterschiede herauszukitzeln und nicht, sie zu unterdrücken oder unsichtbar zu machen. Manche Rückkehrer*innen aus Rojava berichten, dass wenn dort eine Versammlung keinen Konsens erreichen kann, sich diese in zwei Gebilde spaltet und die Ressourcen untereinander aufteilt. Wenn dies wahr ist, bietet es uns ein Model einer freiwilligen Verbindung, die einen großen Fortschritt zu der zwanghaften Einigkeit der Demokratie darstellt.

Konfliktlösung

Manchmal genügt es nicht, uns in verschiedene Gruppen aufzuteilen, um Konflikte zu lösen. Um auf eine zentralisierte Zwangsausübung verzichten zu können, müssen wir neue Formen der Konfliktbewältigung entwickeln. Konflikte zwischen denen, die den Staat ablehnen, gehören zu den wichtigsten Faktoren, die seine Übermacht aufrechterhalten.[33] Wenn wir Räume der Freiheit erschaffen wollen, dürfen wir uns nicht so sehr spalten, dass wir diese Räume nicht erhalten können. Wir dürfen Konflikte auch nicht auf eine Weise lösen, durch die neue Machtungleichheiten entstehen.

Eine der Grundfunktionen der Demokratie ist es, einen Weg zu bieten Streitigkeiten zu beenden. Wahlen, Gerichte und die Polizei dienen allesamt dazu, Konflikte zu entscheiden, ohne sie unbedingt zu lösen; der Rechtsstaat bietet uns ein *winner-takes-all*-Modell, um mit Streit umzugehen. Durch die Zentralisierung der Gewalt ist es einem starken Staat möglich, sich befehdende Parteien zu zwingen, ihre Feindseligkeiten auszusetzen, und sei es unter für beide Seiten inakzeptablen Bedingungen. Dies ermöglicht es ihm Konflikte zu unterdrücken, die seine Kontrolle beeinträchtigen, wie z.B. Klassenkampf – während er Konflikte befördert, die horizontalen und autonomen Widerstand schwächen, wie z.B. Bandenkriege. Wir können die religiösen und ethnischen Konflikte unserer Zeit nicht verstehen, ohne die Wege einzubeziehen, durch die Staatsstrukturen diese provozieren und verschlimmern.[34]

Wenn wir Institutionen ihre eigene Legitimität zugestehen, liefert dies uns eine Entschuldigung, um Konflikte nicht zu lösen. Stattdessen verlassen wir uns auf Vermittlung durch den Staat. Er liefert uns ein Alibi, um Konflikte durch Gewalt abzuschließen und jene auszuschließen, die strukturell benachteiligt sind. Anstatt die Initiative zu ergreifen, die Dinge direkt zu lösen, enden wir im Gerangel um Macht.

Wenn wir die Autorität des Staates nicht anerkennen, haben wir keine solchen Ausreden: wir müssen für alle Seiten zufriedenstellende Lösungen finden oder aber unter den Konsequenzen fortlaufender Streitigkeiten leiden. Dies gibt uns einen Antrieb, die Bedürfnisse und Wahrnehmungen aller Seiten ernst zu nehmen und Fertigkeiten zu entwickeln, um Spannungen entschärfen zu können. Es ist nicht notwendig, jede*n zur Zustimmung zu bewegen, aber wir müssen Wege finden, uns zu streiten, ohne das dadurch Hierarchien, Unterdrückung und sinnlose Gegner*innenschaft entstehen. Der erste Schritt auf diesem Weg ist es, die Anreize wegzunehmen, die Staat dafür bietet, Konflikte nicht zu lösen.

Leider sind viele der Modelle zur Konfliktlösung, die menschlichen Gemeinschaften einst zur Verfügung standen, für uns heute verloren, da sie gewaltsam durch die Gerichtssysteme des antiken Athens und Roms ersetzt wurden. Wir können einen Blick auf die experimentellen Modelle der „transformative justice“ werfen, um einen flüchtigen Eindruck der Alternativen zu gewinnen, die wir entwickeln müssen.

Sich weigern, beherscht zu werden

Wenn wir uns ausmalen, wie eine horizontale und dezentralisierte Gesellschaft aussehen könnte, können wir uns sich überlappende Netzwerke aus Kollektiven und Versammlungen vorstellen, in welchen Menschen sich organisieren, um für ihre täglichen Bedürfnisse zu sorgen: Essen, Unterkunft, medizinische Versorgung, Arbeit, Erholung, Diskussion und Gemeinschaft. Wechselseitig voneinander abhängig, hätten sie guten Grund, Streitigkeiten gütlich beizulegen, jedoch könnte niemand andere dazu zwingen, sich weiter an eine Übereinkunft zu halten, die ungesund oder unbefriedigend ist. Als Reaktion auf Gefahren würden sich diese Kollektive zu größeren spontanen Formationen zusammenfinden und dabei auf Verbindungen mit anderen Gemeinschaften überall auf der Welt zurückgreifen.

Tatsächlich sahen eine Vielzahl staatenloser Gemeinschaften im Laufe der Menschheitsgeschichte recht ähnlich aus. Heutzutage treten Modelle wie diese fortwährend an Schnittstellen von indigenen, feministischen und anarchistischen Traditionen auf.[35] Das bringt uns zurück zu unserem Ausgangspunkt – zum heutigen Athen in Griechenland. In jener Stadt, in der die Demokratie zuerst erwachsen wurde, organisieren sich nun tausende Menschen unter anarchistischen Bannern in horizontalen und dezentralisierten Netzwerken. Im Gegensatz zur Exklusivität der alten Athenischen Bürgerschaft sind ihre Strukturen ausgedehnt und unbegrenzt; sie heißen Einwander*innen willkommen, die vor dem Krieg in Syrien fliehen, da sie wissen, dass ihr Freiheitsexperiment wachsen muss, um nicht unter zu gehen. Anstatt des Zwangssystems des Staates versuchen sie eine dezentrale Verteilung der Macht zu erhalten, die durch eine gemeinsame Verpflichtung zur Solidarität verstärkt wird. Statt sich zu vereinen, um die Herrschaft der Mehrheit durchzusetzen, arbeiten sie zusammen, um die Möglichkeit der Herrschaft selbst zu verhindern.

Dies ist keine unzeitgemäße Art zu leben, sondern das Ende eines langanhaltenden Fehlers.

„Das Prinzip, dass die Mehrheit das Recht hat, die Minderheit zu beherrschen, löst jede Herrschaft in einen bloßen Wettstreit zwischen zwei Gruppen von Menschen auf, bei dem es darum geht, wer von ihnen die Herrscher*innen und wer die Sklav*innen sein sollen; ein Streit, der – sei er auch noch so blutig – seiner Natur nach niemals beigelegt werden kann, solange sich Menschen weigern, Sklav*innen zu sein.“

Lysander Spooner, *No Treason*

Von der Demokratie zur Freiheit

Lasst uns zu den Höhepunkten der Aufstände zurückkehren. Tausende von uns strömen in die Straßen und finden sich in neuen Umfeldern wieder, welche ein unbekanntes und anregendes Gefühl von Handlungsmacht bieten. Plötzlich läuft alles zusammen: Worte und Taten, Ideen und Empfindungen, persönliche Geschichten und globale Ereignisse. Gewissheit – sich endlich Zuhause zu fühlen – und Ungewissheit: endlich ein offener Horizont. Zusammen entdecken wir, dass wir zu Dingen fähig sind, die wir niemals für möglich hielten.

Die Schönheit solcher Momente geht weit über jedes politische System hinaus. Die Konflikte sind genauso grundlegend wie die Augenblicke unerwarteter Übereinstimmung. Dies ist nicht das Funktionieren von Demokratie, sondern die Erfahrung der Freiheit – die Erfahrung, gemeinsam unsere Schicksale in die Hand zu nehmen. Keine Handlungsvorschrift könnte dies institutionalisieren. Es ist ein Preis, den wir wieder und wieder aus den Klauen der Gewohnheit und Geschichte reißen müssen.

Nächstes Mal wenn sich ein Fenster für solche Möglichkeiten öffnet, lasst uns, anstatt wieder einmal die „richtige Demokratie" neu zu erfinden, uns die Freiheit zum Ziel nehmen – die Freiheit selbst.



Anarchist*innen versammeln sich im Athen (Griechenland) des 21. Jahrhunderts.

Quellenverzeichnis

1) z.B. Cindy Milstein: *Democracy Is Direct*.
2) Coordination of Anarchist Groups: *Contra la Democracia*.
3) Vgl.. Sarah Song: *The Boundary Problem in Democratic Theory: Why the Demos Should Be Bounded by the State*.
4) „Nur dann bin ich wahrhaft frei, wenn alle menschlichen Wesen, die mich umgeben, Männer und Frauen, ebenso frei sind wie ich. Die Freiheit der anderen, weit entfernt davon, eine Beschränkung oder die Verneinung meiner Freiheit zu sein, ist im Gegenteil ihre notwendige Voraussetzung und Bejahung ." – Michail Bakunin
5) Vgl. http://www.ait.org.tw/infousa/zhtw/DOCS/whatsdem/whatdm4.htm – eine Seite, die das *US Department of State's Bureau of international Information Programs* erstellte und betreut.
6) Dieser scheinbare Widerspruch beschäftigte die Autoren der US-Verfassung nicht, weil es sich bei der Minderheit, deren Rechte sie hauptsächlich schützen wollten, um die Klasse der Eigentümer handelte – welche bereits einen großen Einfluss auf die staatlichen Institutionen hatte. Wie James Madison 1787 sagte: „Unsere Regierung sollte die langfristigen Interessen des Landes vor Neuerungen schützen. Die Landbesitzer sollten an der Regierung beteiligt sein, um diese unschätzbaren Interessen zu unterstützen und um andere auszugleichen und zu überprüfen. Sie sollten so verfasst sein, dass sie die Minderheit der Reichen gegen die Mehrheit schützen können."
7) S. Walter E. Williams: *Democracy or a Republic*.
8) Mehr zum Thema findet sich in Mitropoulos' hervorragendem Buch *Contract and Contagion: From Biopolitics to Oikonomia*.
9) In diesem Zusammenhang bedeutet die Behauptung „das Private ist politisch" eine feministische Ablehnung des Gegensatzes von *oikos* und *polis*. Aber wenn dieses Argument so verstanden wird, dass auch das Private demokratischen Entscheidungen unterworfen werden sollte, so dehnt es nur die Logik der Regierung auf andere Aspekte des Lebens aus. Die wirkliche Alternative besteht darin, unterschiedliche Orte der Macht zu bejahen, zu argumentieren, dass Legitimität nicht auf einen Raum beschränkt sein sollte, sodass Entscheidungen, die im Haushalt getroffen werden, nicht solchen untergeordnet sind, die auf den Schauplätzen der formalen Demokratie beschlossen werden.
10) vgl. Frank B. Wilderson, III: *The Prison Slave as Hegemony's (Silent) Scandal*.
11) Dies ist ein grundlegende Paradox demokratischer Regierungen: Obwohl sie durch ein Verbrechen an die Macht gekommen sind, erklären sie das Gesetz für heilig – sie legitimieren eine neue herrschende Ordnung als die Erfüllung und Fortführung einer Revolte.
12) „Gehorsam gegenüber dem Gesetz ist wahre Freiheit," steht auf einem Mahnmal für die Soldaten, die „Shay's Rebellion" niederschlugen.
13) Genauso wie die „libertären" Kapitalist*innen glauben, dass selbst die Aktivitäten der

demokratischsten Regierung dem Funktionieren des reinen Marktes in die Quere kommen, können sich die Verfechter*innen der wahren Demokratie sicher sein, dass selbst der am sorgfältigsten geplante demokratische Prozess von reichen Menschen unverhältnismäßig beeinflusst wird, solange es noch ökonomische Ungleichheiten gibt. Jedoch sind Regierung und Wirtschaft untrennbar. Der Markt braucht den Staat, der die Eigentumsrechte durchsetzt, während Demokratie im Grunde ein Mittel ist, politische Macht zu übergeben, zu verbinden und zu investieren: Sie ist ein Markt für Handlungsmacht als solche.

14) Der Einwand, dass die Demokratien, die heute die Welt regieren, keine echten Demokratien seien, ist eine Spielart der klassischen „Kein wahrer Schotte"-Fehlschlusses (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kein_wahrer_Schotte). Wenn sich nach eingehender Prüfung herausstellt, dass keine einzige Demokratie dem entspricht, was du mit dem Begriff meinst, so brauchst du eventuell einen anderen Begriff für das, was du zu beschreiben versuchst. Es geht dir dann so wie den Kommunist*innen, die, wenn man sie mit all der unterdrückerischen kommunistischen Regimes des 20. Jahrhunderts konfrontiert, protestieren, dass keines dieser Regimes wirklich kommunistisch gewesen sei. Wenn eine Idee so schwer zu verwirklichen ist, dass Millionen von Menschen, die über einen beachtlichen Anteil der Ressourcen der Menschheit verfügen und über Jahrhunderte hinweg an ihrer Verwirklichung arbeiten, dennoch kein einziges funktionierendes Modell hervorbringen können – dann ist es Zeit, zum Reißbrett zurückzukehren.

15) Siehe *Syriza kann Griechenland nicht retten* (crimethinc.blogsport.de). Der Text wurde unmittelbar nach der Machtübernahme von Syriza in Griechenland veröffentlicht – Monate bevor die Partei ihre Wähler*innen wiederholt betrogen hat.

16) Ohne formelle Institutionen erzwingen demokratische Organisationen häufig Entscheidungen, indem sie Aktionen, die außerhalb ihrer Strukturen entstanden, delegitimieren und den Einsatz von Zwangsmaßnahmen gegen diese unterstützen. So kommt es zu der klassischen Situation, dass Ordner*innen einer Demonstration die Demonstrierenden angreifen, weil diese etwas tun, das nicht vorher in einem zentralisierten demokratischen Prozess abgesegnet wurde.

17) vgl. Bookchins *Thoughts on Libertarian Municipalism* in *Left Green Perspectives* Nr. 41, Januar 2000.

18) Theoretisch brechen Begriffe, die durch Ausschluss definiert sind, zusammen, wenn wir sie so aufblähen, dass sie die ganze Welt umfassen. Aber wenn wir sie zusammenbrechen lassen wollen, warum lehnen wir sie dann nicht offen ab, anstatt zu versprechen, sie abzulehnen, während wir sie weiterhin legitimieren? Wenn wir das Wort „Staatsbürgerschaft" verwenden, um etwas Wünschenswertes zu beschreiben, so fördern wir notwendig die Legitimität dieser Institution, so, wie sie heute existiert.

19) Tatsächlich leitet sich das englische Wort „police" von polis her – über das altgriechische Wort für Bürger.

20) Kant schrieb in *Der Streit der Fakultäten*, dass die Republik „Gewalt mit Freiheit und

Gesetz“, Anarchie hingegen „Freiheit und Gesetz ohne Gewalt“ sei – so wird das Gesetz zu einer reinen Empfehlung, die nicht erzwungen werden kann.
21) Siehe z.B. das zweite Kapitel von Kendra A. Kings *African American Politics*.
22) Siehe z.B. Bakunins Kritik an der marxistischen Theorie des Staates in *Gott und der Staat*.
23) Zumindest soweit stimmen wir mit Booker T. Washington überein, wenn er sagt: „Der Versuch, eine Demokratie zwischen den „Rassen“ aufzubauen, schlug fehl, weil er am falschen Ende begann. Es wurde mit politischen Mitteln und Bürger*innenrechten angefangen, statt mit ökonomischen Mitteln und Selbstbestimmung.“
24) Vgl. den Eintrag: *Feminist Social Epistemology* in der *Stanford Encyclopedia of Philosophy* (https://plato.stanford.edu/entries/feminist-social-epistemology/).
25) In *Networks and Netwars: The Future of Terror, Crime, and Militancy*, herausgegeben von John Arquilla und David Ronfeldt.
26) Siehe *Address on Colonization to a Deputation of Negroes* im fünften Band von Lincolns gesammelten Werken.
27) Siehe u.a. Adam Hochschild: *Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechens*.
28) Ende Mai 1968 beendete die Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen die Welle von wilden Streiks und Besetzungen, die sich über Frankreich ausgebreitete hatte; das Spektakel der Mehrheit der französischen Bürger*innen, die für Präsident de Gaulles Partei stimmten, genügte, um alle Hoffnung auf eine Revolution zu zerstreuen. Dies veranschaulicht, wie Wahlen als Show funktionieren, in der sich die Bürger*innen einander als bereitwillige Teilnehmer*innen der bestehenden Ordnung präsentieren.
29) Wenn sich die ökonomische Krise zuspitzt und die Enttäuschung über die repräsentative Politik zunimmt, sehen wir Regierungen, die mehr direkte Teilhabe an der Gesetzgebung anbieten, um die Bevölkerung zu besänftigen. Wie die Diktaturen in Griechenland, Spanien und Chile zu einer Umwandlung in demokratische Regierungen gezwungen wurden, um die Protestbewegungen zu neutralisieren, bietet der Staat denjenigen Rollen an, die ansonsten die Opposition gegen ihn anführen würden. Wenn wir direkt dafür verantwortlich sind, das politische System am Laufen zu halten, machen wir uns selbst dafür verantwortlich, wenn es scheitert – und nicht die Institutionen an sich. Dies erklärt die neuen Experimente mit „Bürgerhaushalten“ von Porto Alegre bis Posen. In der Praxis haben die Teilnehmenden kaum Einfluss auf die Beamt*innen der Stadt; im besten Fall können sie als Berater*innen agieren, oder über mickrige 0,1% des Haushalts abstimmen. Der wahre Zweck der Bürgerhaushalte ist es, das Hauptaugenmerk vom Versagen der Regierung auf den Versuch zu lenken, sie demokratischer zu machen.
30) Siehe z.B. die Website holacracy.org.
31) „Autonomie“ setzt sich aus der altgriechischen Vorsilbe *auto*-, (selbst) und *nomos* (Gesetzgebung) zusammen, bedeutet also „sich selbst Gesetze geben“. Dies legt ein Verständnis persönlicher Freiheit nahe, in welchem ein Aspekt des Selbst – sagen wir,

das Überich – ständig die anderen Aspekte kontrolliert und das Verhalten vorschreibt. Kant definierte Autonomie als Selbstregierung, durch die sich das Individuum zwingt, den universellen Gesetzen der objektiven Moral zu gehorchen, anstatt gemäß seinen individuellen Wünschen zu handeln. Dagegen könnte ein*e Anarchist*in einwenden, dass wir unsere Freiheit dem spontanen Zusammenspiel von unzähligen Kräften in uns verdanken – und nicht unserer Fähigkeit, unser Selbst unter eine einzige Ordnung zu zwingen. Welches dieser Konzepte von Freiheit wir akzeptieren hat Auswirkungen auf alles, von der Vorstellung, die wir uns von Freiheit auf planetarer Ebene machen bis hin zu unserer Auffassung von der Bewegung subatomarer Teilchen. Siehe dazu David Graebers hervorragenden Essay *What's the Point if We Can't Have Fun*?.

32) Viele von der Entscheidungen, die *Occupy Oakland* zu etwas Bedeutsamerem als andere Occupy-Besetzungen machten – etwa die Weigerung, mit der Stadtregierung zu verhandeln und die militante Reaktion auf die erste Räumung – waren das Resultat autonomer Initiativen, nicht von Konsensprozessen. Indessen verstanden einige Occupy-Aktivist*innen Konsensprozesse als eine Art dezentralen rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen jede Aktion eines Teilnehmenden die Zustimmung aller anderen Teilnehmenden erfordere. Ein Beteiligter erinnert sich: „Eines der ersten Male, als die Polizei versuchte, das Camp zu betreten, wurde sie sofort von einer Gruppe von etwa zwanzig Leuten umzingelt und angeschrien. Einige andere waren nicht sehr glücklich darüber. Der lautesten dieser Pazifist*innen stellte sich vor diejenigen, die die Polizei angingen, und kreuzte seine Unterarme x-förmig, was in der Zeichensprache des Konsensprozesses starke Ablehnung bedeutet. Er sagte: 'Ihr könnt das nicht tun! Ich blockiere euch!' Für ihn war Konsens ein Mittel horizontaler Kontrolle, das jedem und jeder das Recht gibt, jede Aktion anderer zu verhindern, die ihm oder ihr nicht genehm ist."

33) Schau dir die mexikanischen *autodefensas* an: Sie wurden gegründet, um sich gegen die Drogenkartelle zur Wehr zu setzen, die in manchen Teilen Mexikos die Rolle des Staates übernommen haben und endeten damit, sich gegenseitig in Bandenkriegen zu bekämpfen.

34) Vgl. Crimethinc, *The Borders Won't Protect You - But They Might Get You Killed* (crimethinc.com/texts/r/protect/).

35) Vgl. Jacqueline Lasky, *Indigenism, Anarchism, Feminism: An Emerging Framework for Exploring Post-Imperial Futures* in *Affinities: A Journal of Radical Theory, Culture, and Action*, Band 5, Nummer 1 (2011).

„Was ist Demokratie?"
“Naja, mir war das selbst nie klar. Wie jede andere Form der Regierung, hat es wahrscheinlich etwas damit zu tun, dass sich junge Männer gegenseitig umbringen.”
Johny Got His Gun (1971)

übersetzt von Menschen aus der



www.afrheinruhr.blogsport.de

Originaltext von



www.crimethinc.com

weitere Übersetzungen:
crimethinc.blogsport.de